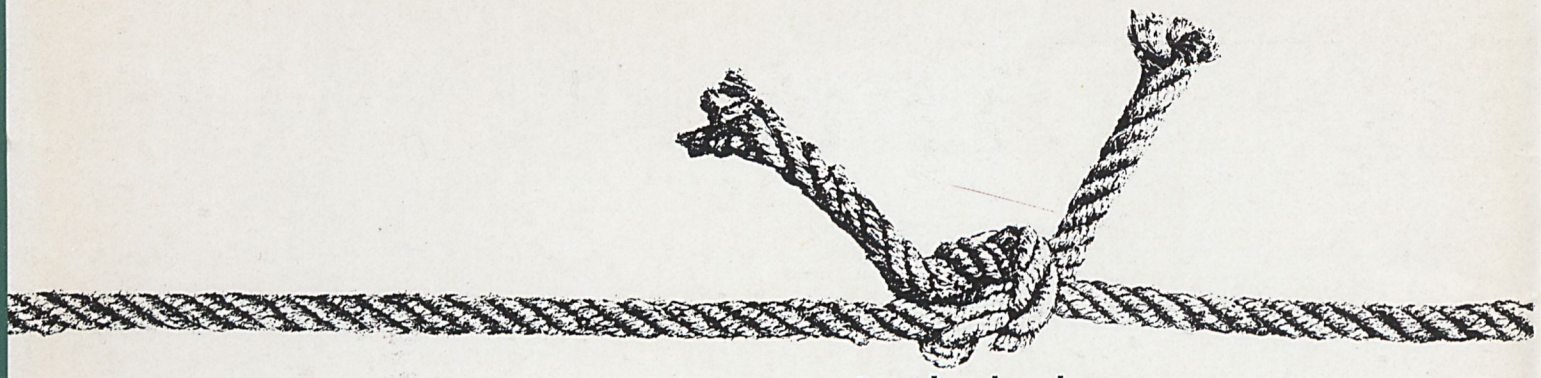
die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
Februar 1969 17. Jahrgang Nr. 98 DM 0,60 1 F 2824 F



technische Probleme

und ihre Lösung

Alexander der Große löste den Gordischen Knoten mit dem Schwert. Bei technischen Problemen sind spontane Lösungen selten. Sie müssen erarbeitet werden. Das setzt schöpferischen Geist voraus wissenschaftliche Bildung und die Fähigkeit, abstraktes Wissen in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Summe vieler einzelner Lösungen wird als technische Entwicklung sichtbar. – Technische Entwicklung ist die Lebensader unserer Firma.

Elektrodynamische Auswuchtmaschinen
Vollautomatische Auswucht-Transferwerke
Schwingungsmeß- und Analysiergeräte
Dauerschwing-Prüfmaschinen
Motoren- und Fahrzeugprüfstände
Mechanische und elektromechanische
Industriewaagen mit Druck- und Rechenwerken
Wuchtsiebe, Wuchtförderer und Siebwuchtförderer
Stetigförderer für Schütt- und Stückgüter

Wir informieren Sie gern ausführlich über unser Unternehmen, unsere Erzeugnisse und die Arbeitsmöglichkeiten in unserem Hause.

Carl Schenck Maschinenfabrik GmbH · 61 Darmstadt

Beschlußunfähig

Inhalt

1 Großer Senat

2 Zulassungsbeschränkungen

3 Doktor Ernst Eisenbart

4 Pläne zur Gesamthochschule

6 Gerichtskomödie

8 Heidelberg

10 Radarkontrolle der Polizei

11 Weltschmerz

12 Unterdrückungsfunktion christlicher Sexualmoral

14 Serie: Presse

16 Partnerschaftsvertrag mit der ECL

18/19 denkste!!!

21 Rotkäppchen II. Teil
Rundfunk am Sonntag

22 Tagebuch eines Unmündigen

24 RC Darmstadt

25 Existenzminimum

26 betr. Politisches Mandat

27 Tratsch

28 Leserbriefe

29 Sport

30 Bücher

31 vorletzte Seite

32 on dits etc.

Das Papier des Innenteils ist eine Spende der Papierfabrik Felix Schoeller jr., Lüstringen, Kreis Osnabrück.

Bilder: S. 3, 13, 15, 20, 22 do; S. 6, 7, 10 bü; S. 14 wd; S. 24 Gims; S. 21 vl.
Titel: do (Schmuck: Barbara Gasch),

die darmstädter studentenzeitung
Nr. 98

Als die Abstimmungen über Drittelparität in der 2. Sitzung des Großen Senats (GS) am 29. 1. anfangen sollten, es war 23.30 Uhr, mußte man feststellen, daß von den 148 Mitgliedern nur noch 94 zur Stelle waren; 99 hätten anwesend sein müssen, damit der GS noch beschlußfähig gewesen wäre. Ursprünglich hatte die Sitzung mit 108 Mitgliedern begonnen. 14 Professoren waren, teils aus Desinteresse, teils aus Empörung verschwunden. Eine Beschlußfassung des Großen Senats war erfolgreich boykottiert.

Zu Protokoll: Alle 16 studentischen, alle 8 nichthabilitierten Mitglieder sind bis zu diesem unrühmlichen Schluß dageblieben, aber nur 56% der Professoren fanden sich bereit, „im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit" bis zum Ende mitzuwirken. Eine solche Quote ist ein peinliches Indiz für Reformunwilligkeit und Willkür eines großen Teils der Ordinarien.

Diesem „Ergebnis" ging eine langwierige Debatte voraus über den § 12 der Hochschulsatzung („Zusammensetzung des Großen Senats"), eine Debatte – gewürzt mit Zwischenrufen, Beifall, einem fünfminütigem, wohlinszenierten Tumult und plakativ vorgezeigter Empörung – die immerhin ergab, daß sich die Ansichten der Redner nicht grundsätzlich unterschieden. Der Vorschlag der Studentenschaft für die Zusammensetzung des Großen Senats lautet: 30 Studenten, 30 Professoren, 30 Assistenten und 10 nichtwissenschaftlich Bedienstete. Die studentischen Senatssprecher betonten dabei immer wieder, daß die studentischen Mitglieder des GS aus den Fachbereichen kommen sollten, Funktionäre dürften so wenig wie möglich zum Zuge kommen, denn nach dem Verständnis der Studenten sind in den Fachbereichen fachliche und politische Aspekte untrennbar miteinander verknüpft. Nur von dieser Basis aus sei die Hochschule im Sinne einer Demokratisierung zu reformieren. Obwohl stud. phys. Cobler in oftmals glänzend formulierten Reden („nocheinmal, ganz langsam") diese Thesen mehrmals verdeutlichte, glaubten viele Hochschullehrer, ihn nicht in dieser Weise verstehen zu dürfen, weil die neue Studentenschafts-Satzung bisher noch nicht fertig sei und man das „Risiko" fürchtete, von den Studenten angeführt zu werden. Obwohl also das klare Votum der Studenten diese Befürchtung ausgeräumt haben müßte, sitzt bei vielen Ordinarien immer noch tief im Herzen die Angst, daß alle 30 Studentenvertreter dann AStA-Mitglieder sein könnten, fachlich unqualifiziert, politisch fixiert und die gedeihliche Zusammenarbeit verhindernd.

Etwa seit einem Jahr ist innerhalb des aktiven Teils der Studentenschaft von allen Gruppen akzeptiert worden, daß die Grundlage sachlicher Arbeit in der Hochschule die Diskussion in den Fachbereichen sein soll. Mit diesem Standpunkt ist unabdingbar verbunden, daß nur die Vertreter der fachlich und politisch argumentierenden Fachbereichsräte auch in übergeordnete Gremien entsandt werden sollen. Diesen an sich von fast allen Professoren als Ideen willig akzeptierten Thesen entspricht der Entwurf des Direktoriums nur ungenügend. Abgesehen davon, daß es ausgesprochen ungeschickt ist, dabei den GS nur fast drittelparitätisch zu besetzen, bleibt die Tatsache, daß 10 Vertreter der Studenten (sprich: Funktionäre) dem Großen Senat als Mitglieder angehören sollen. Der Entwurf des Direktoriums für die Zusammensetzung des Großen Senats lautet:

1. die Mitglieder des Direktoriums,
2. der Kanzler,
3. aus den Fakultäten jeweils 5 Hochschullehrer, 4 wissenschaftliche Mitarbeiter, 4 Studenten,
4. Fünf Vertreter der Hochschullehrer, 10 Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter, 10 Vertreter der Studenten, 5 Vertreter der nichtwissenschaftlichen Hochschulangehörigen, die von den für die jeweiligen Gruppen zuständigen Gremien entstandt werden.

Obwohl also der Entwurf der Studentenschaft den Forderungen der meisten Professoren nach fachbezogener Mitsprache (allerdings mit dem Risiko der noch nicht beschlossenen Studentenschafts-Satzung) viel besser entspricht, hat unbegreiflicherweise der Vorschlag des Direktoriums immer noch Chancen. Dabei ist zu beachten, daß die Hochschule, sprich Prorektor Schultz, gerade einen Prozeß verloren hat, nach dessen Urteil noch einmal ausdrücklich festgestellt worden ist, daß allein die Satzung der Studentenschaft darüber entscheiden könne, wie die Studentischen Vertreter der Senate gewählt werden müssen.

Die nächste (entscheidende) Sitzung des Großen Senats findet am 5. Februar, 17.15 Uhr im Großen Physik-Hörsaal statt. Öffentlich!

In der ersten Sitzung des Großen Senats, am 22. Januar 1969, wurden entscheidende Verbesserungen der alten Satzung für die Arbeitsweise des (Kleinen) Senats beschlossen. Diese „Vorabrevision", so der offizielle Sprachgebrauch, ist jedoch nicht wesentlich mehr als ein Zeichen der Bereitschaft vieler Mitglieder der THD, das Ziel Hochschulreform doch noch selbständig, autonom und gegen staatlichen Zwang in Angriff zu nehmen. Die „darmstädter studentenzeitung" wird in einer besonderen Ausgabe Beschlüsse und Argumentation während aller drei Sitzungen ausführlich darstellen. dr

Einmal hört schließlich der Spaß auf

Zulassungsbeschränkungen zum Studium

Am Freitag, dem 13. Dezember, einen Monat nach der Eröffnung der närrischen Saison, leistete auch Kultusminister Schütte seinen Beitrag zur allgemeinen Fröhlichkeit: Da verschickte er einen Erlaß „Betr.: Zulassung zum Studium in zulassungsbeschränkten Fachrichtungen". Dieser Erlaß wird im folgenden im vollen Wortlaut abgedruckt, beweist er doch, daß auch Politiker Menschen sind, die einen Spaß, wenn schon nicht vertragen, so doch gerne machen. Um ihn in seiner ganzen hintergründigen Unsinnigkeit würdigen zu können, sind einige Fußnoten hinzugefügt worden.

Unter Aufhebung meiner früheren Erlasse gelten für die Aufnahme des Studiums in zulassungsbeschränkten Fachrichtungen ab Sommersemester 1969 zunächst befristet für das Sommersemester 1969 und das Wintersemester 1969/70 folgende Zulassungsbestimmungen:

I. Allgemeines

1) Von den vorhandenen Arbeitsplätzen werden zugeteilt:
   a) 60 v. H. an Bewerber, die allein nach qualitativen Gesichtspunkten ausgewählt werden,
   b) 40 v. H. an Bewerber, die nach Jahrgängen, bezogen auf das Datum der Reifeprüfung, ausgewählt werden.
2) Bewerber, denen kein Arbeitsplatz zugeteilt wird, können nicht immatrikuliert werden. (1)

II. Die qualitative Auslese

Über den Rang der Bewerber entscheiden die Noten in den Fächern der Reifeprüfung. Alle Fächer sind bei der Bildung der Durchschnittsnote zu berücksichtigen. (2)
Weisen die Noten des Abiturzeugnisses im Durchschnitt eine befriedigende Leistung auf und wäre die Verzögerung des Studienbeginns für den Bewerber eine soziale Härte, so kann im Einzelfall eine Zulassung ausgesprochen werden (z. B. Studienbewerber des 2. Bildungsweges).

III. Auswahl nach Abiturientenjahrgängen (3)

1) Der Rang der Bewerber wird bestimmt durch das Jahr, in dem die Reifeprüfung abgelegt wurde, und zwar so, daß der Bewerber des älteren Jahrgangs den Vorrang hat. Reifezeugnisse, die in Berlin und Hamburg zwischen dem 1. Januar und dem 31. März erworben wurden, werden als Reifezeugnisse des vorausgegangenen Jahres gerechnet. (4)
2) Ist unter den Bewerbern des gleichen Jahrgangs zu wählen, so wird der unter Ziffer II dargestellte Maßstab angewandt.
3) Zur Auswahl nach Abiturienten-Jahrgängen werden nur Bewerber zugelassen, die das Reifezeugnis vor weniger als 6 Jahren erworben haben. Die Frist wird gerechnet vom gesetzlichen Beginn des Semesters, zu dem die Zulassung begehrt wird.
4) Arbeitsplätze, die nach dem Jahrgang des Abiturs vergeben werden, sind zu 60% für Bewerber mit einem Zeugnis aus demjenigen Land, in dem sich die Hochschule befindet, und zu 40% für Bewerber mit Zeugnissen aus anderen Bundesländern bereitzustellen. (5) (6)

IV. Verfahren

1) Die Auslese der Bewerber gem. Ziffer II und III obliegt der Universitätsverwaltung.
2) Über streitige Fragen der Anwendung dieser Richtlinien entscheidet ein Zulassungsausschuß. Er besteht aus Vertretern der beteiligten Fakultäten und der Universitätsverwaltung. (7)
3) Die Universitätsverwaltung benachrichtigt unverzüglich die Bewerber, deren Gesuch berücksichtigt wurde. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß über den zugekommen nichtssagend ist. Der Zeugnis-Jahrgang natürlich auch. Aber hätte er denn schreiben sollen: „Der Rang der Bewerber wird bestimmt durch den Buchstaben, mit dem ihr Nachname beginnt, und zwar so, daß A den Vorrang vor B, B vor C, usw. hat"? Dann hätte doch jeder den Unsinn bemerkt.

(1) Hier jagt uns der Herr Kultusminister einen bösen Schrecken ein. Aber keine Angst, nach kurzem Nachdenken stellen wir fest, daß er mit dieser Bestimmung einen numerus clausus praktisch unmöglich macht. In fast allen Fakultäten (Ausnahme Chemie) sind Arbeitsplätze unbekannt, man studiert dort einfach. Zulassungsbeschränkungen liefen da auf eine völlige Schließung hinaus, und das bringt keine Fakultät übers Herz.

(2) Jedem, der seinen Kopf nicht nur als Hutständer benutzt, ist klar, daß der Notendurchschnitt nichts über „den Rang der Bewerber" aussagt. Eine Physik-Eins am humanistischen Gymnasium ist nicht gleich einer Physik-Eins am naturwissenschaftlichen Gymnasium, und eine Eins in Musik oder Religion sagt hier wie dort nichts über die Befähigung zum Chemiestudium. Natürlich weiß auch der Herr Minister aus wissenschaftlichen Untersuchungen, in denen er ab und zu von Amts wegen herumblättert, daß ein Zusammenhang zwischen Abitur- und Diplomnoten bis jetzt nicht entdeckt werden konnte. Mit dem ihm eigenen Humor lenkt er von dem eigentlichen Zweck der Bestimmung ab: endlich die dummen Ingenieurschüler und die unerwünschten Ausländer von unseren Hochschulen wegzubekommen. Denn wer von diesen Leuten kann schon ein Reifezeugnis vorweisen?

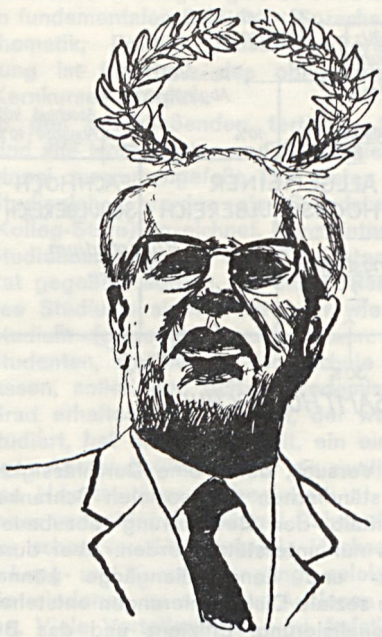
(3) Man beachte die saubere Trennung in „qualitative Auslese" und unqualifizierte Auswahl.

(4) Der ältere Bewerber wird trotz eventuell schlechteren Noten dem jüngeren vorgezogen. Damit bestätigt der Kultusminister die unter (3) aufgestellte Behauptung, daß der Notendurchschnitt voll-

(5) Hier unterstreicht Herr Schütte noch einmal seine Abneigung gegen alles Undeutsche. Er kennt nur das „Land, in dem sich die Hochschule befindet" (Hessen nennt es der Durchschnittsbürger) und andere bundesdeutsche Länder. Auch tauchen wieder die magischen Prozentzahlen 40/60 auf, für die er schon im Abschnitt I keine Begründung wußte.

(6) Die Auswahl wird also so vonstatten gehen: Die Hochschule sammelt die Abiturzeugnisse der Bewerber, rechnet die Durchschnittsnote (eine Zahl zwischen

teilten Arbeitsplatz anderweitig verfügt wird, falls der Bewerber nicht binnen einer Woche seit Zugang des Bescheides schriftlich mitteilt, daß er die Zuteilung annimmt.



Heil Dir, Ernst!

4) Wird ein bereits zugeteilter Arbeitsplatz zurückgegeben, so wird dieser unverzüglich dem nächsten Bewerber zugewiesen. Damit alle Arbeitsplätze besetzt werden, kann nach Beginn der Einschreibung von der in diesen Richtlinien bestimmten Reihenfolge abgewichen werden. (8)

V.

Diese Regelung gilt beim Studium der Medizin und Zahnmedizin entsprechend für diejenigen Bewerber, die sich zwar nicht mehr im 1. Semester befinden, aber das Vorphysikum noch nicht abgelegt haben.

VI.

Die Einführung von Zulassungsbeschränkungen und deren Umfang bedarf meiner Genehmigung.
Der Erlaß wird im Amtsblatt veröffentlicht. Bis zum 31. 10. 1969 bitte ich um Bericht darüber, ob sich diese Zulassungsbestimmungen bewährt haben und gegebenenfalls um Ergänzungs- oder Änderungsvorschläge. (9)

Im Auftrag:
Dr. von Bila

zwei und vier) bis auf zehn oder fünfzehn Dezimalen aus, sortiert die Zeugnisse in absteigender Reihenfolge, hebt davon 60% mal Anzahl der vorhandenen Arbeitsplätze ab, sortiert den Rest nach der Herkunft des Bewerbers (Hesse — Nichthesse), sortiert die zwei entstandenen Häufchen nach dem Jahrgang der Zeugnisse, wobei sie ein Auge hat auf den „in Berlin und Hamburg zwischen dem 1. Januar und dem 31. März" erworbenen Zeugnissen, wirft die über sechs Jahre alten in den Papierkorb, sortiert innerhalb der Jahrgänge wieder nach der Durchschnittsnote, hebt vom Hessen-Häufchen 60% mal 40% mal Anzahl der Arbeitsplätze ab, vom Nichthessen-Häufchen 40% mal 40%, und schon hat sie die erfolgversprechendsten Bewerber ausgewählt.

(7) Es fehlt der Zusatz: „... und tagt in Permanenz, da eine Nicht-Zulassung stets eine soziale Härte nach Abschnitt II, 2 darstellt."

(8) Wir alle atmen erleichtert auf. Der Kultusminister ist ein rechter Schelm. Nachdem er uns mit seinem System Angst gemacht hat, sagt er jetzt, daß wir uns gar nicht an den Unsinn mit den Noten und den Jahrgängen halten müssen.

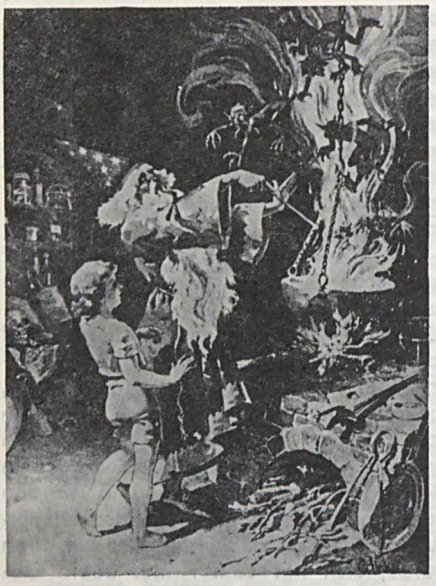
(9) Dieser Abschnitt könnte auch deutlicher formuliert werden: „Da ich selbst nicht daran glaube, daß diese meine Zulassungsbestimmungen sinnvoll sind, bitte ich um bessere Vorschläge. Einsendeschluß: 31. Oktober 1969.
Ihr Kultusminister"

Diese Gelegenheit sollten wir alle nutzen. Sagen wir doch dem Herrn Kultusminister unsere Meinung! Einmal hört schließlich der Spaß auf.

Doktor Ernst Eisenbart

Es dauerte drei Monate, bis die Darmstädter Rektoren Schultz & Brader eine Prognose widerlegt bekamen, die sie voll großspuriger Zuversicht im September 68 verbreitet hatten.
Damals „drohten" sie allen akademischen Ernstes dem hessischen Kultusminister Schütte, man müsse an der THD den numerus clausus einführen, wenn nicht unverzüglich der Minister etwas Finanzielles unternähme, die Struktur der Technischen Hochschule zu verbessern. (Siehe dds Nr. 96). Abgesehen davon, daß ohne ein Programm der autonomen Hochschule zur Reform kaum sinnvoll finanziell geholfen werden kann, hat die als schlimme Drohung maskierte Anregung der Rektoren dazu geführt, daß das Ministerium Richtlinien zur Handhabung des numerus clausus verfaßte.
Mitte Dezember hatten die hessischen Hochschulen damit die Quittung für die unbeschreibliche Ignoranz ihrer allerhöchsten Repräsentanten, denn an den drei anderen Universitäten Hessens spielten Professoren mit demselben Wahn, daß man danach endlich wieder „ornlich arbeitn" könne.
Den „Erlaß des Kultusministers zur Regelung von Zulassungsbeschränkungen" beförderte der Herr Spahrbier der TH, Postbote Brader, wieder einmal ein wenig zögernd an Fakultäten, Studenten- und Assistentenvertreter weiter. Es dauerte über 14 Tage. Zwischendurch nun fragte der Vorsitzende Cobler S. M. nach einem Kultusministererlaß zum numerus clausus, von dem er aus Marburg gehört hatte. Jedoch 4 Tage nach Eingang des Schreibens war dem Herrn Rektor davon nichts bekannt, was er später damit begründete, daß der Erlaß, den er kannte, Zulassungsbeschränkungen regele und nicht etwa den „numerus clausus". Eine solche Begründung ist gewiß menschlich verständlich, denn man kann nicht von jedem x-beliebigen Menschen erwarten, daß er lateinische Texte in seine Muttersprache zu übersetzen vermag.
Die Richtlinien zum numerus clausus sind schriftlich fixierte Wahnsinnstaten, veranlaßt und ausgedacht durch den Minister, formuliert innerhalb einer sich unermüdlich in Gang haltenden Bürokratie. Sie erhielten den letzten Schliff wieder durch Herrn Minister („ich ...") und wurden dann in die akademische Landschaft hinausgespuckt, so daß jeder, der getroffen wurde, sich mit dem Ärmel übers Ge-

sicht wischen mußte, um wieder klar zu sehen.
Was erblickte einer dann, wenn er sich als Betroffener von seiner Überraschung erholt hat?
Unverhüllte Ratlosigkeit angesichts zukünftiger hochschulpolitischer Aufgaben, ein nichtexistierendes Konzept zur Hochschulreform (paradox), unsagbare Angst vor hochschulinternen Revolutionen durch betrogene Studenten.
Damit die Zahl der betrogenen Studenten klein bleibe, läßt man eben weniger zu und richtet deren Interesse durch disziplinäre Drohungen allein auf ihr beschränktes Studium. „Die Kerle sollen ihre Nasen gefälligst in ihre Bücher stekken!"
Alle wohldurchdachten Reformvorschläge werden von den Macht ausübenden Beamten konsequent ignoriert oder so schleichend verwirklicht, daß ihr Effekt durch die dauernde Verschlimmerung der Situation ausgelöscht wird.
Auf welche Weise man von Seiten der Ordinarien und der Staatsgewalt die glaubhaft angekündigte Bildungskatastrophe abwenden will, bleibt vollkommen rätselhaft. Und nun sowas.
Das Ministerium wurde in ähnlicher Weise „tätig" wie ein Arzt, der einem Kind mit Keuchhusten ein Pflaster über den Mund klebt, damit es nicht mehr husten kann, weil Husten stört. Das Kind erstickt. Der Irrsinn hat Methode. dr



Uwe Lauterbach

Rezepte oder Kurpfuscherei

Pläne zur Gesamthochschule

Im letzten Heft wurden unter dem Titel „Wenn der Vater Schlosser war . . ." die Positionen im Streit um ein Gesamthochschul-Konzept umrissen; im folgenden Artikel nimmt der Verfasser zu einigen Plänen Stellung, die in letzter Zeit zur Hochschulreform unter Berücksichtigung der Gesamthochschule erschienen sind.

Durch die am 6. März 1968 begonnenen Streikaktionen der Studenten der Hamburger Ingenieur- und Seefahrtsschule und die im Sommersemester auf fast alle Ingenieur- und Höheren Fachschulen ausgedehnten Streiks wurden die eine Reform fordernden Zustände an diesen Schulen einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

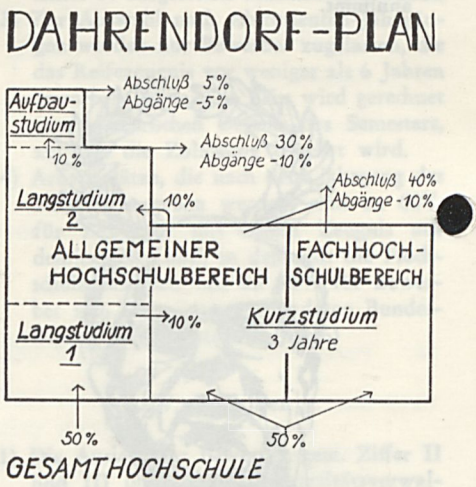
Dahrendorf-Plan

Seit dem Januar 1967 arbeitete in Baden-Württemberg ein Arbeitskreis Hochschulgesamtplan, der im Juli den Dahrendorf-Plan vorlegte. Als Motive können genannt werden:

a) Steuerung der kommenden Schüler- und Abiturientenwelle
   - durch Verkürzung der Studienzeit
   - durch ein gestrafftes Studium
   - durch klare und durchsichtige Studiengänge
   - durch eine bessere Verteilung und Steuerung bei Studienbeginn (Kurzstudium 50%, Langstudium 50%)

Sechs Prinzipien bilden die Grundlage für den Dahrendorf-Plan

1. erst Umbau durch Veränderung der Struktur der bestehenden Systeme, dann Ausbau nach dem neuen System
2. der differenzierte Gesamthochschulbereich soll erreicht werden durch
   - Durchlässigkeit im Sinne einer Erleichterung der Übergänge auf allen Stufen
   - Flexibilität im Sinne der Anpassung an neue Bedürfnisse
3. der numerus clausus wird nicht als Regelfall, sondern nur aus Kapazitätsgründen vorgeschrieben
4. die Ausbildung soll sinnvoll gekürzt werden
5. Gleichheit und gleichzeitige Qualität der Ausbildung
6. Wirtschaftlichkeit der Reform



Der Versuch, durch eine Durchlässigkeit die ständischen und sozialen Schranken innerhalb der Bevölkerung abzubauen, kann nur unterstützt werden. Aber durch Kurz- und Langstudiengänge können neue soziale Diskriminierungen entstehen. Rationalisierung, Effizienz und das Bestreben, eine Bildungsfabrik zu erreichen, stehen im Vordergrund der Strukturreform (Anstalts- und Schulcharakter, zwischengeschobene Prüfungen, kurzfristige Ziele, starke Ausnutzung der Lehrkapazität durch Trennung von Forschung und Lehre). Ein einheitlicher Wissenschaftsprozeß wird durch die Trennung von Forschung und Lehre unmöglich gemacht. Der Kerngedanke der Universität geht durch das Prinzip der Effizienz verloren. Über das schulische Vorfeld wird nichts Konkretes ausgesagt.

Evers-Plan

Anfang des Jahres 1968 legte der Berliner Schulsenator Evers den „Evers-Plan" vor. Er vermeidet den Fehler von Dahrendorf und beschreibt die Schule vom 11. Schuljahr an. Vorher wird eine zehnjährige Hauptschule absolviert. Die Stufe vom 16.–18. Lebensjahr bezeichnet er als das neue Gymnasium. „Drei prinzipiell gleichwertige Wege soll dieses Modell organisatorisch bieten:
a) Vollzeitunterricht mit allgemeinen und

beruflichen Kursen

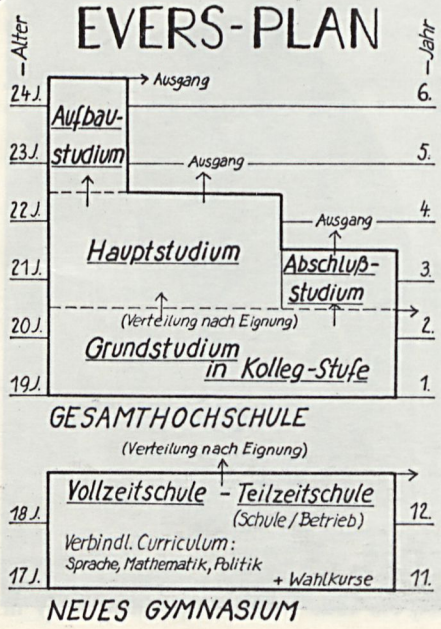
b) je zur Hälfte Schulunterricht und betriebliche Ausbildung, auch als gelenktes Praktikum

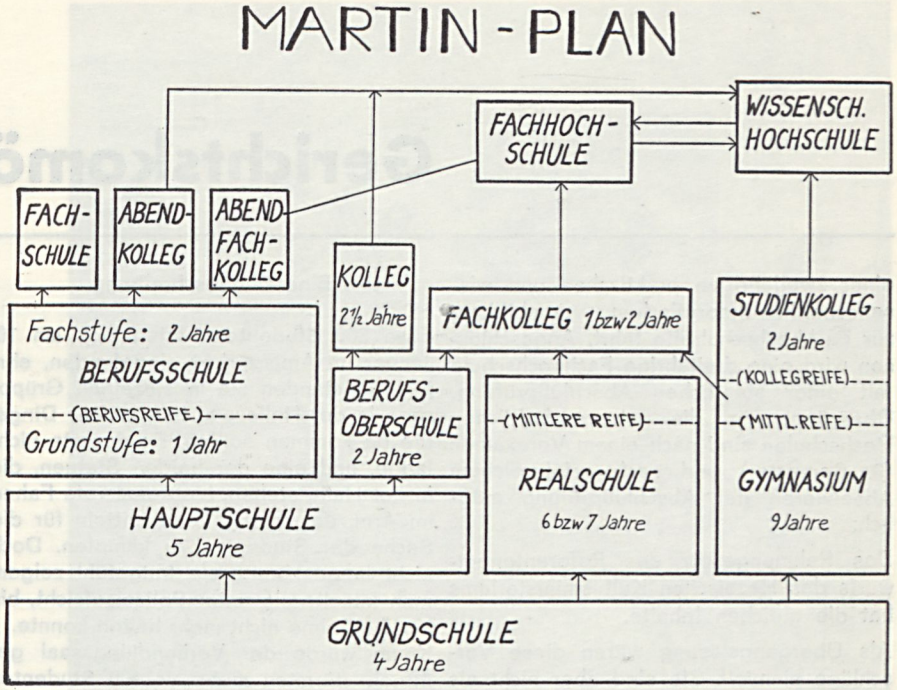
c) etwa ein Drittel Schulunterricht und zwei Drittel betriebliche Ausbildung.

In allen drei Wegen gibt es Pflichtkurse in fundamentalen Gebieten (Sprache, Mathematik, Politik). Leistungsdifferenzierung ist innerhalb des obligatorischen Kernkurses möglich.

In der anschließenden tertiären Stufe sind alle Hochschulen und Akademien regional zusammengefaßt. Die ersten zwei Studienjahre werden als Grundstudium (Kolleg-Stufe) bezeichnet. Durch intensive Studienberatung soll dem Studenten der Rat gegeben werden, ob das Fortsetzen des Studiums sinnvoll ist oder wie das Studium fortgesetzt werden kann. Die Studenten, welche die Hochschule verlassen, sollen den ersten akademischen Grad erhalten. Der Student, der weiterstudiert, hat die Möglichkeit, ein einjähriges Abschlußstudium oder ein zweijähriges Hauptstudium zu beginnen.

Evers vermeidet die Mängel Dahrendorfs, der schon vor Eintritt in die Hochschule in Lang- und Kurzstudiengänge selektiert, die wiederum zu sozialen Auslesen führen. Viele Verteilerkreise und Aufstiegsarten ermöglichen ein Ausscheiden aus der Schule, ohne daß man eine abgebrochene Ausbildung hätte. Die schichtenspezifische Wahl der sekundären





Schulzweige wird nicht mehr so asymmetrisch erfolgen wie im heutigen Schulsystem. Kritisiert werden muß die Unterscheidung Theorie – Praxis im neuen Gymnasium, Evers hätte konsequent sein sollen und seiner Schule polytechnische Bildungsinhalte geben müssen. Im tertiären Bereich muß vor allem das zweijährige Grundstudium mit dem darauf aufbauenden einjährigen Abschlußstudium angegriffen werden. Es ist zu bezweifeln, ob dieses Modell praktikabel ist, denn dieser Studiengang wird zum Lückenbüßer und nicht zum hochqualifizierenden Abschluß.

Zusammenfassend kann der Evers-Plan in seiner Tendenz als fortschrittlich bezeichnet werden. Evers vermied ein konsequentes Durchplanen aus politischen Gründen. Aus seinem Modell soll wohl nicht zu sehr das sozialistische Gedankengut herausschauen.

Martin-Plan

Der Martin-Plan, der im August 1968 vom CDU-Kulturexperten Dr. Martin vorgelegt wurde, zeigt einen Weg auf, wie ohne viel größere finanzielle Anstrengungen das Problem der Bildungsexplosion gelöst werden soll. Gymnasium und wissenschaftliche Hochschule werden durch den Ausbau von Real-, Berufs- und Fachhochschule entlastet.

Er fordert Chancengleichheit und verteidigt gleichzeitig die bestehende Zersplitterung des Schul- und Hochschulsystems in der Bundesrepublik als differenzierte Aufgabenstellung im Blick auf die moderne Gesellschaft. Durch Beibehalten der Grundschule von vier Jahren mit anschließender Auslese und vielen Abschlüssen außerhalb des Gymnasiums vor der Hochschulreife wird die Funktion der Schule als schichtenspezifisch orientierter sozialer Selektionsmechanismus weitgehend erhalten. Im Punkt 20 der Einzelheiten des Modells zeigt Martin offen, daß es ihm darauf ankommt, die bestehenden Gesellschaftsstrukturen zu erhalten. Er will Menschen ausbilden, die neben ihrer hohen wissenschaftlichen Qualifikation in der Lage sind, die komplizierten gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Strukturen unserer Zeit zu durchschauen. Diese Ausbildung bleibt wenigen Koordinatoren vorbehalten. (Ausbildung an der wiss. Hochschule). Ein größerer Teil der Bevölkerung soll eine gehobene wissenschaftliche Qualifikation erhalten und damit in der Lage sein, die vielfältigen Produktions- und Verwaltungsprozesse und Sozialaufgaben vorzubereiten und zu überwachen. (Ausbildung an der Fachhochschule). Der größte Teil der Bevölkerung darf diese Auflagen ausführen, ohne selbst einen Überblick zu haben. Die vielen fortschrittlich anmutenden Leitsätze werden durch das Modell und die entscheidenden Kernsätze des Martin-Planes wieder aufgehoben. Insgesamt kann der Plan als konservativ mit funktionalistischer Motivation gekennzeichnet werden.

Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz

Am 31. Oktober entwickelten die Ministerpräsidenten der Bundesländer in Hannover die konkreten politischen Vorstellungen zur Gesamthochschule. Sie führten eine Fachoberschule ein, die in

einer zweijährigen praktischen und wissenschaftlich-theoretischen Ausbildung zur Fachhochschulreife führt. Angeschlossen wird eine dreijährige Fachhochschule mit einer staatlichen Abschlußprüfung, Übergänge in die wissenschaftlichen Hochschulen sind nach einem Vorexamen (3. Semester) und nach erfolgreichem Absolvieren der Abschlußprüfung möglich.

Das Rahmengesetz des Referentenentwurfs des Hessischen Kultusministeriums hat die gleichen Inhalte.

Als Übergangslösung wären diese Vorschläge sinnvoll. Sie sind aber nicht als solche gedacht. Die Kapazitätsprobleme der wissenschaftlichen Hochschulen können durch dieses Rahmengesetz der Länder gelöst werden, denn neben einigen Fachschulabsolventen, die an die wiss. Hochschulen kommen, werden bestimmt die vielen herausgeprüften Studenten der wiss. Hochschule die neue Durchlässigkeit zu spüren bekommen. Das inhaltliche Nebeneinander von Fachhochschule und wissenschaftl. Hochschule kann sachlich nicht begründet werden. Die alte Trennung zwischen wissenschaftlicher Bildung und beruflicher Ausbildung wird aufrechterhalten, obwohl es sich gezeigt hat, daß eine starre Unterscheidung nicht möglich ist.

Erwerb, Vermittlung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind so eng miteinander verbunden, daß eine Trennung in zwei Hochschulsysteme mit unterschiedlichem Auftrag abzulehnen ist. Die weitreichenden Entscheidungskompetenzen der staatlichen Verwaltung in den Fachschulen zeigen, was die wiss. Hochschulen in der Zukunft noch zu erwarten haben.

Diese Tendenzen wurden während der Pressekonferenz im Anschluß an die Tagung der Ministerpräsidenten noch offensichtlicher. Das Auflösen der Studentenschaft und der Körperschaft des öffentlichen Rechts und das Trennen von Forschung und Lehre und Studium wurden für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt.

In die drei Positionen, konservativ, technokratisch-funktionalistisch und fortschrittlich-demokratisch können diese Vorschläge nicht eingeordnet werden. Besser paßt die Charakterisierung bürokratisch und staatsdirigistisch auf diese Pläne.

Gerichtskomödie

Eine Bildbeschreibung

Etwa 300 Studenten hatten sich am 10. Januar im Amtsgericht eingefunden, ehrfürchtig standen sie in einzelnen Grüppchen in der Halle und harrten der Dinge, die da kommen sollten. Es dauerte nicht lange, und eine der beiden Statuen, die in der Halle stehen, hielt eine rote Fahne im Arm, um so mit ihren Mitteln für die Sache der Studenten zu kämpfen. Doch nicht lange konnte sie Mitgefühl zeigen, man kitzelte sie unter Polizeiaufsicht, bis sie die Fahne nicht mehr halten konnte.

Kaum wurde der Verhandlungssaal geöffnet, stürmten mehr als 100 Studenten hinein, obwohl es nur 48 Sitzplätze gab. Inzwischen war das Megaphon des SDS von der Polizei eingezogen worden, so daß die „Rädelsführer" sehr in ihrer Arbeit behindert waren. Statt dessen wurden die Studenten über ein behördeneigenes Megaphon — allerdings erfolglos — aufgefordert, den Saal zu räumen; diejenigen, die vor dem Saal standen, wurden weggedrängt, nur die Richter ließ man hinein.

Und wieder verging einige Zeit, in der die Außenstehenden versuchten, ihre „Freunde und Helfer" in ein Gespräch zu verwickeln; von einem Seitengang her ertönte Hundegebell.

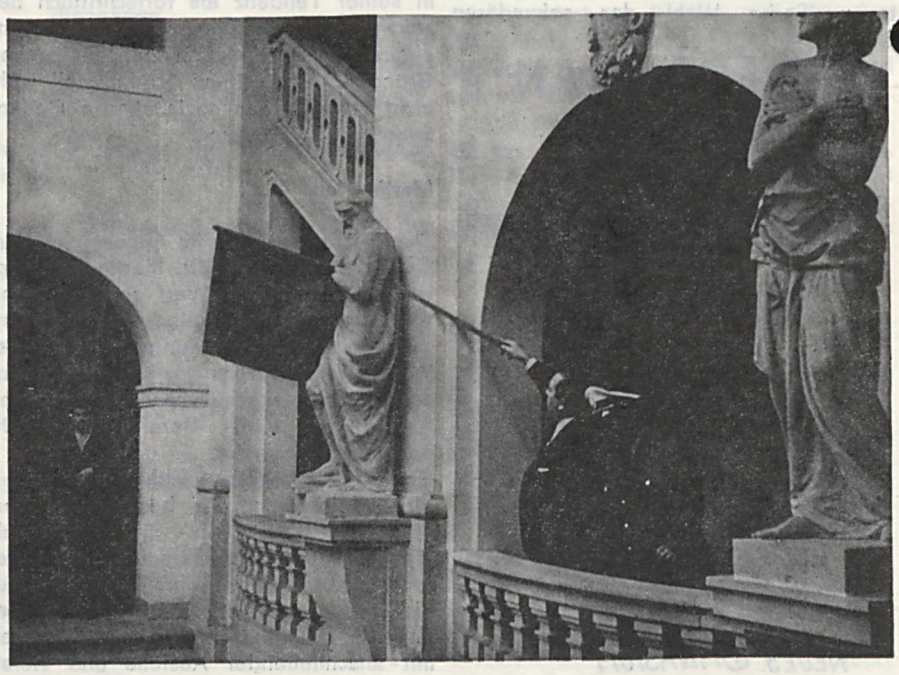
Plötzlich begannen die Studenten, den Saal zu räumen, anscheinend nicht ganz freiwillig, denn manch einer mußte hinausgetragen werden.

Danach war nur noch die behördlich genehmigte Höchstzahl von Zuhörern im Saal. An der Tür prangte ein Schild: Wegen Überfüllung geschlossen. Und das, obwohl der Saal doch jetzt fast leer sein mußte.

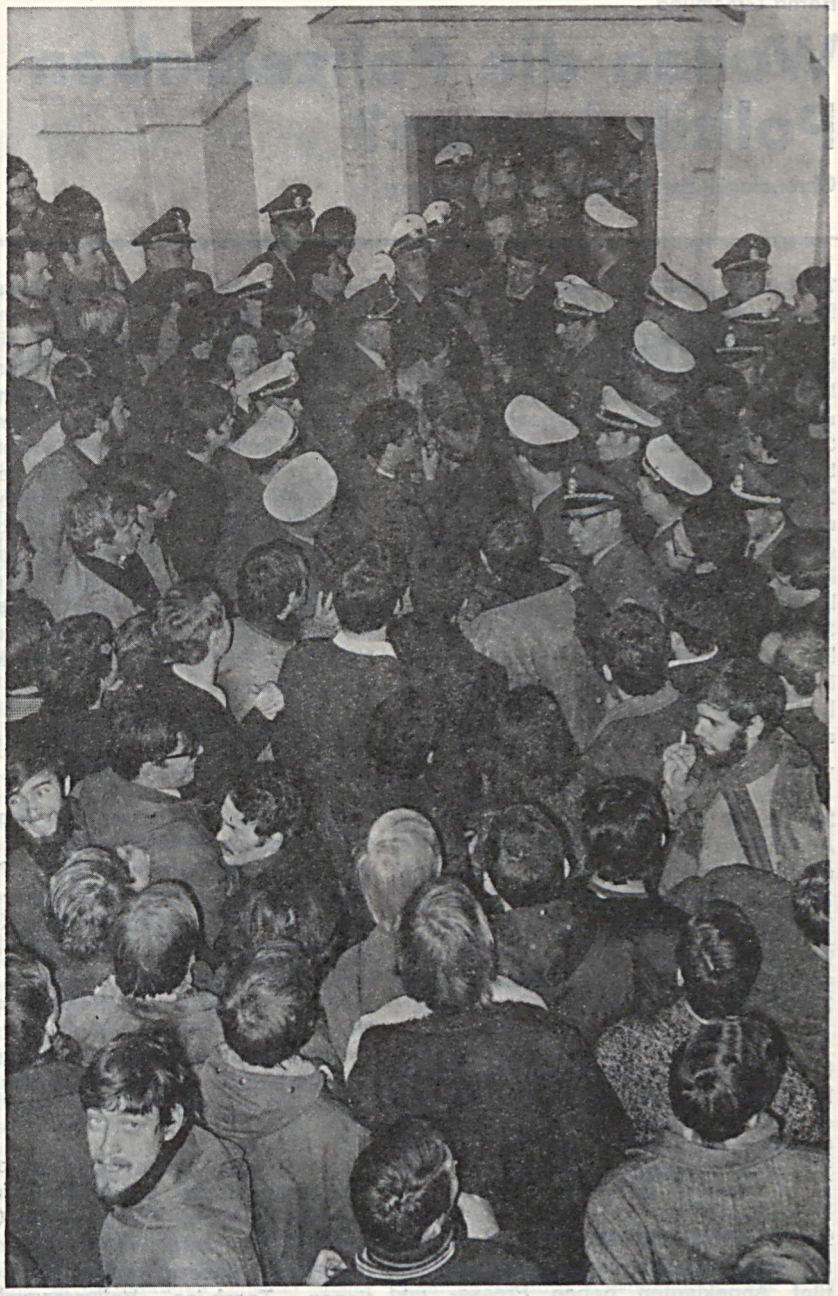
Kurzzeitig wurde nun ein Sprechchor intoniert: „Wir wollen unser Megaphon!" Als es nicht kam, hörte man auf. Dafür kamen nun auch die letzten Zuhörer wieder aus dem Saal, die Sitzung wurde nichtöffentlich fortgesetzt.

Irgend jemand hatte gehört, die Polizei wolle das Haus räumen, also verteilten sich die Demonstranten nun auch in die oberen Stockwerke (zu leicht wollte man es ihr doch nicht machen). Kurze Zeit später wurde auch schon die Treppe abgesperrt. Nur wer in die Halle wollte, durfte passieren. Es gab auch Ausnahmen: Ein Student mit weißem Hemd, Fliege und Anzug angetan, dafür aber ohne Bart, gelangte noch nach der Absperrung in das erste Stockwerk. Man hielt ihn für einen Justizangestellten. Möge das für die nächste Demonstration eine Belehrung sein. Vorgeschriebene Toilette: Dunkler Anzug.

Flugblätter und andere Utensilien, die sonst nur zum Karneval benötigt werden,



flogen von oben in die Halle und wurden dort von den Demonstranten, die sich auf dem nicht gerade sauberen Fußboden niedergelassen hatten, unter Polizeiaufsicht gelesen.
Doch diese Idylle dauerte nicht lange an. Während ein kleineres Feuerwerk die Demonstranten erfreute, trieben Ordnungshüter dieselben aus dem Haus. Polizisten und Demonstranten fanden sich dann auf der Straße wieder.
Zur zweiten (öffentlichen) Urteilsverkündung durften 35 Studenten wieder einziehen. Doch bis sie die Gesichtskontrolle passiert hatten, war das Urteil schon verkündet.
Die daraufhin erfolgende zweite Räumung verlief reibungsloser. Man hatte sich eingespielt. Sogar das Megaphon durfte mitgenommen werden. bü



Maß für Maß

„Das Auge des Gesetzes sitzt im Kopf der herrschenden Klasse" (Ernst Bloch).

Am 10. Januar konnte die Darm-APO den „ersten Axthieb gegen die morsche Säule der Justiz führen". Was Springer-Sprenger, Antinotstandsdemonstranten und Aktivisten des Widerstands gegen die Darm-Satzung über das Plakat- und Werbewesen nicht schafften, das bescherten die Auseinandersetzungen um den 17. Juni 1968: Strafverfolgung.
Ulrich Mayser, Vorsitzender des Darmstädter SDS, wurde angeklagt, am 26. Juni 1968 bei einer Flugblattverteilung den Impressumparagraphen des Hessischen Pressegesetzes fahrlässig übertreten zu haben. Anlaß der Justizaktion war der gegen Stadtrat Sabais unter der Gürtellinie polemisierende Inhalt des Flugblattes. Der Inhalt wurde amnestiert, es blieb das unzureichende Impressum: Name und Wohnsitz des Verfassers oder Herausgebers fehlten.
Die Gegenargumentation stützte sich darauf, daß SDS-Flugblätter in der Regel kollektiv verfaßt und herausgegeben würden. Der politische Inhalt des Prozesses wurde demonstriert, als der Richter an SPD- und NHB-Flugblättern ohne ausreichendes Impressum aus der Hand Maysers kein Interesse zeigte. Hauptbeleg für die politische Brisanz ist ein Fernschreiben des Landeskriminalamtes in Wiesbaden: Ein Rapport über die politische Aktivität des bisher unbestraften SDSlers.
Staatsanwalt und Richter waren sich einig: Hier lag kein Politikum vor. Es sei an der Zeit, „endlich eine Erzwingung des Gesetzes" (Vorsitzender Roitzsch) herbeizuführen. Urteil: DM 50,– oder zwei Tage Haft (Höchststrafe DM 150,–) nebst Verfahrenskosten.
Ein Urteil, das mittels SDS-Rationalität als notwendig aus der Impotenz unserer Gerichtsräte folgend vorherzusehen war. Das Gericht sollte während der Verhandlung zum Forum von SDS-Kritik und -Aktion werden. Vor Beginn wurde ein größerer Saal gefordert. Der größte Saal mit 48 Zuhörerplätzen reichte nicht für einige hundert Interessierte. Vergeblich versuchten Richter, Einsatzleiter, Dr. Azzola, Polizeipräsident und Landgerichtspräsident die Zuhörer ohne ordentlichen Sitzplatz zum Verlassen des Saales zu bewegen, diese sahen inzwischen grün. Die Polizei trat zur Räumung an, die Mehrzahl der Zuhörer ging freiwillig. Die Verhandlung begann, überforderte jedoch den Richter, als sich die Angeklagtenseite zum Kollektiv erweiterte. Der Staatsanwalt beantragte den Ausschluß der Öffentlichkeit, der allerdings nur durch abermalige Räumung zu realisieren war. Das Urteil wurde zweimal verkündet. Zunächst hinter verriegelten Türen, dann, nachdem das Innere des Justizpalastes ebenfalls geräumt war, bei offenen Türen. Was blieb? Im Atrium blieben Flugblätter liegen. Impressum: SDS-Kollektiv. cz

Bernd Grasmugg

Wollen die Polizeibuben Politik lernen?

Chronologie der Ereignisse in Heidelberg

16. 1. 1968 „Studenten singen und tanzen für Heidelberg", folkloristische Veranstaltung des Akademischen Auslandsamtes der Universität Heidelberg (dessen Leiter Zake ohnedies zu den umstrittensten Personen der Uni gehört) in der Stadthalle. Die jetzt angeklagten Studenten Ripke, Noth, Mangold, Mueller und Braunbehrens — alle SDS — sollen damals zusammen mit einer kleineren Studentenmenge versucht haben, eine Diskussion zu erzwingen (=Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Nötigung und Sachbeschädigung). Sie wurden polizeilich abtransportiert, und die Heidelberger Bürger — allen voran OB Zundel (SPD) — ließen sich die Probleme der Studenten aus Entwicklungsländern anhand von „Singen und Tanzen" erläutern.

20. 12. 68 Prozeßtermin in Heidelberg; Angeklagte in Südfrankreich; Haftbefehl (allerdings nur für die BRD, Interpol ist für politische Straftaten nicht zuständig). Motiv für die Flucht: Man will sich nicht der Terminwillkür des Gerichts aussetzen, am 20. 12. sei keine ausreichende Öffentlichkeit der Verhandlung gewährleistet.

8. 1. 69 Die Angeklagten sind wieder in Heidelberg und wandern in einer Demonstration (1200 Teilnehmer) zum Justizgebäude — und wieder zurück in den AStA. Zu Mittag sind sie in der Mensa.

9. 1. 69 Rektor Baldinger teilt dem AStA mit, daß Begünstigung strafbar sei. Die fünf Angeklagten geben Presse- und Fernsehinterviews und kampieren mit etwa 30 Kommilitonen in den AStA-Räumen.

10. 1. 69 Um 6.00 Uhr früh folgende Schlachtordnung:

100 Mann Bereitschaftspolizei
25 Mann Kriminalpolizei
1–2 scharfe Hunde
1 Kriminalrat (Berg, Leiter der Heidelberger Kripo)
1 Polizeirat (Haber)
1 Erster Staatsanwalt (Weidner)
1 Regierungsrat (Martin, mit der „Wahrnehmung studentischer Angelegenheiten" vom Rektor betraut)
2 Feuerwehrautos mit Leitern
40 Studenten
einige Journalisten, Fernsehleute etc.

Trotz Angebots sämtlicher Schlüssel werden alle Türen mit dem Beil geöffnet. Brutalste Knüppelschlägerei auf sitzende Studenten und Studentinnen. Beschlagnahme der meisten Photo- und Filmapparate sowie Stenoblocks. Verhaftung der „Fünf", die sich, nachdem sie gefunden worden waren, widerstandslos festnehmen ließen, und von sieben weiteren, zum Teil blutig geschlagenen „Begünstigern". Um 11.00 Massen-Teach-in, an das sich eine Demonstration (2000 Teilnehmer) zum Justizgebäude anschließt (Delegation wird nicht eingelassen). Lahmlegung des Verkehrs (Freitag 16.00 Uhr) im Heidelberger Zentrum.

11. 1. 69 Gegen die „Sieben" Haftbefehl wegen Fluchtgefahr erlassen.

11. 1. bis 14. 1. Permanente Teach-ins, Gründung von „Basisgruppen" in vielen Instituten. Vollversammlungen, Protestresolutionen, Sympathietelegramme. Gemeinsam vom Innenminister (Krause), Kultusminister (Hahn), Rektor (Baldinger) und OB (Zundel) unterzeichnete „Aufrufe" werden plakatiert. Rektor droht mit Universitätsschließung. Studenten besetzen das Haus des politologischen und soziologischen Instituts und benennen es in „Rosa-Luxemburg-Institut" um.

15. und 16. 1. Landtagsdebatte: Der NPD-Abgeordnete Stöckicht weist abschließend darauf hin, „daß die Gedanken der NPD mehr und mehr Gemeingut des Hohen Hauses werden". Demonstrationen. Teach-ins. Vollversammlungen. Studentenparlamentssitzungen. Rektor Baldinger wird mehrfach zum Rücktritt aufgefordert, weil er die Polizeiaktionen billigte.

17. 1. Morgendliche Räumung des „Rosa-Luxemburg-Instituts" und anschließende Besetzung durch die Polizei.

Nach mehreren Haftprüfungsterminen werden am **22. 1.** zwei, am **23. 1.** die restlichen fünf der sieben im AStA verhafteten Studenten aus dem Landesgerichtsgefängnis in Mannheim (!) entlassen, weil „wiederholte Gegenüberstellungen ergeben haben, daß sich der Verdacht des Widerstandes gegen die Staatsgewalt nicht länger aufrechterhalten ließ". Alle sieben werden auch nicht bei einem Schöffengericht angeklagt werden, sondern gegen sie soll ein Strafbefehl beim Amtsgericht erwirkt werden. Die Fünf weiter in Haft.

Einzelheiten

„Die Polizeibuben wollen Politik lernen" war die Vermutung eines Passanten, als er am 17. vormittags am „Rosa-Luxemburg-Institut" vorbeispazierte, sich durch ein Häuflein Studenten drängte und die jungen Polizisten hinter den Glasscheiben sah. Vielleicht war bei diesem Wohlwollenden der Wunsch der Vater des Gedankens, die Tage zuvor aber hatten gezeigt, daß das Wollen der Polizei eine andere Richtung nahm. Die Polizeiaktion eine Woche vorher im Morgengrauen war in ihrer Schlagkraft dazu angetan, daß sich Regierung und Landtag „ganz hinter die Polizei stellen" konnten und sich sicher fühlten — **vor** der Polizei in den AStA-Räumen sah es anders aus.

Da hockten an die 20 übernächtigte Studenten am Boden, eingehakt, und wie „Bild" schrieb, „mit Holzlatten und Fäusten gegen die Polizei" vorgehend, doch „die Polizisten blieben Sieger" — und so sah es dann auch aus. Nebenbei: Haben Sie schon einmal versucht, nennenswerten aktiven Widerstand zu leisten, wenn Sie auf dem Boden sitzen und sich mit Ihren Nachbarn fest untergehakt haben?

So nimmt es weiter nicht Wunder, daß an diesem Freitag in der Mensa neben dem Stand für Essenmarken ein Stand für Plastik-Helme (a DM 5,50) zu finden war — als kleine technische Vorkehrung.

„Eine Zensur findet nicht statt"

Im Morgengrauen dieses 10. Januar ging es aber nicht nur den Studenten schlecht, sondern auch — siehe Faksimile — den Journalisten. Einem Fernsehmann des Süddeutschen Rundfunks wurde die Kamera beschlagnahmt, nachdem vorher bereits die Leuchte unter einem Knüppelschlag zu Bruch gegangen war. Beschlagnahme wegen „Beweissicherung". Zur Sicherung wurde dann auch der Film gleich ans Licht gehalten — man hätte ja vielleicht schon was darauf sehen können!

„Das Ding hat noch gesurrt. Der Beamte hat daraufhin mehrere Knöpfe gedrückt und da ist – ein Polizist ist schließlich kein technischer Sachverständiger – der Deckel . . ." (usw. Äußerungen der an der Aktion beteiligten Polizisten wie „Ich laß' mich doch nicht einfach so filmen!" sind in diesem Zusammenhang ohne Belang.

Die Verhafteten wurden nicht in das Heidelberger Untersuchungsgefängnis gebracht, sondern wegen Überfüllung sofort nach Mannheim abtransportiert (die Angehörigen waren Tage später noch nicht benachrichtigt worden).

Kochende Volksseele

Die Demonstration am Nachmittag quer durch die Stadt zum Justizgebäude zeigte wieder den Stand des politischen Allgemeinbewußtseins. Die Tatsache, daß zu wenig Aufklärung getrieben wird, wirkt sich in der tiefen Verständnislosigkeit aus, die viele Zuschauer veranlaßt, vom „Vergasen", von „Steuergeldern", vom „Arbeitsdienst" und von „Ostberlin" zu reden.

Weitere Beispiele, wie sich die empörte Volksseele artikuliert, findet man in den Leserbriefen an die Heidelberger Tageszeitungen. Eben dieser Tagespresse allerdings ist es auch zum Teil zuzuschreiben, daß Heidelbergs Bürger ihre Studenten nicht mögen: es wurde nämlich festgestellt, daß in der Redaktion der (SPD-nahen) Rhein-Neckar-Zeitung der ehemalige NS-Gaupresseamtsleiter Stauder sitzt, zuständig für Lokales. (Dem liberalen Vize-Chef der RNZ, Belzner, wurde inzwischen gekündigt.)

Die Konkurrenz, das Heidelberger Tageblatt, eine bürgerlich-liberale Zeitung, bemühte sich bald darauf, um Korrektheit in seiner Redaktionsarbeit, was sich unmittelbar darin äußerte, daß Stellungnahmen und Resolutionen der Behörden ähnlich plaziert wurden wie die offenen Briefe der Studenten. Erfolg der Berichterstattung: Eine Flut von Leserbriefen mit Abonnementskündigungen und Beschimpfungen („Schreiben Sie Ihren nächsten Leitartikel doch aus der Emigration!"). Das Tageblatt gehört zu einer Zeitungsgruppe; die Redaktion soll sich inzwischen tatsächlich in gewissen Schwierigkeiten befinden.

HT-Redakteurin gibt Augenzeugenbericht

Das Splittern des Holzes, das Klirren zerbrechender Glasscheiben war deutlich in den AStA-Räumen zu hören, übertönt gelegentlich von dem Bellen des Polizeihundes. Mit Beilhieben schlugen sich die 100 Polizeibeamten den Weg zu den Büroräumen des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) im zweiten Stock des Hauses Grabengasse 14 frei. Die Tür unten war durch einen Querbalken, die Tür oben durch einen großen Schrank verrammelt worden. Zunächst hatte ich den Ruf: „Sie kommen! Sie kommen!" für einen bösen Scherz gehalten. Als die Unruhe unter den Studenten jedoch immer größer wurde, stürzte ich ans Fenster und beobachtete, wie mehrere Polizeiwagen vorfuhren.

Unter den Studenten herrschte zunächst große Verwirrung, dann ließen sich rund die Hälfte der 40 Anwesenden zu einem Sit-in im engen Flur der AStA-Räume nieder. Nur wenige Augenblicke später drangen die Beamten ein, sie hatten sich einen Zugang neben der AStA-Tür geschlagen. Kriminalrat Berg sprach zu den Studenten, doch war nichts von dem zu verstehen, was er sagte. Die Beamten rückten in Dreierreihen gegen die Sitzenden vor und schlugen auf ihre Köpfe ein. Widerstand konnte ich kaum beobachten. Ein Mädchen erlitt einen Weinkrampf, die Studenten schrien auf die Polizisten ein, sie sollten aufhören zu prügeln. Über das AStA-Reisereferat und den Druckerraum gelangten die Beamten in den hinteren Flur des AStA, ein Teil der Studenten wurde in die hinteren Zimmer abgedrängt. Studenten wurden zum Ausgang gezerrt, zwei von ihnen waren blutüberströmt, als sie auf die Straße kamen, ein anderer für kurze Weile bewußtlos.

Plötzlich ergriffen mich zwei oder drei Beamte. Umstehende Studenten und ich schrien, daß ich von der Presse sei, doch brüllte man mir entgegen: „Das ist doch unwichtig". Auf dem Flur des AStA fiel ich zu Boden, zwei Polizisten packten mich an Beinen und Armen und schleiften mich zur Treppe. Einer riß mich an den Haaren. Mit dem Kopf voran wurde ich die Treppe hinabgestoßen. Auf der Plattform auf halber Treppe blieb ich liegen. Ein Polizist beugte sich plötzlich über mich, stellte fest: „Das ist ja eine Frau!" Da ließ man mich aufstehen und hinuntergehen. Etwa im selben Moment entriß mir ein Beamter in Zivil meinen Stenoblock, den ich noch immer in der Hand hielt, weil ich mir zuvor darauf Notizen gemacht hatte. Mein lauter Protest nützte nichts.

In der Vorhalle des Gebäudes wollten die Beamten meine Personalien aufnehmen. Ich wies darauf hin, daß sich meine Tasche mit sämtlichen Papieren noch im AStA befände, und so geleitete mich eine Beamtin in Zivil wieder nach oben. Ich konnte meine Sachen holen. Unten mußte ich mich ausweisen, dann durfte ich auf die Straße gehen. Die verhafteten Studenten wurden zu diesem Zeitpunkt gerade abgeführt, Regierungsrat Martin von der Universität Heidelberg kam um diese Zeit — es war etwa 6.30 Uhr — von der Alten Universität zum AStA und wurde sofort eingelassen. In den AStA-Räumen herrschte vollständiges Chaos.

Gisela Medzeg

Die Basis arbeitet

Mittlerweile machten die Basisgruppen der einzelnen Fachrichtungen von sich reden – oder zumindest schreiben:

Statt Anfängervorlesungen fordern wir: Historische und Gesellschaftliche Diskussion mathematischer Grundbegriffe in Arbeitsgemeinschaften!

Basisgruppe Nat.-Math.

. . . und wir werden uns auch nicht mehr durch scheinliberale Zugeständnisse und Kompromisse vertrösten und verdummen lassen. Wir haben gezeigt, daß wir unserer Forderung nach Übernahme der Produktionsmittel (Institute und akademische Einrichtungen) Nachdruck verleihen können und wir werden es weiter tun. . .

Studentenrat des
Rosa-Luxemburg-Institutes

Neben solchen Flugblättern gelangen den Basisgruppen auch einige Erfolge. Unter dem Druck der Drohung des Rektors, er werde die ganze Universität schließen, mit dem Argument, derzeit wäre Forschung und Lehre behindert, führte man Offenhaltungsaktionen durch: Wenn in einem Institut Tag und Nacht gearbeitet wird, wer stört dann die Forschung, wenn die Polizei das Gebäude um 6 Uhr morgens räumt?

Zwischen den Fronten

Abschließend zwei tröstliche Beispiele: Am 13. 1. ließ der Rektor das Theologische Seminar zusperren — genauer gesagt: nicht aufsperren; aus den Reihen der Theologen waren schon viele SDS-Mitglieder und einige AStA-Vorstände hervorgegangen. Der Institutsdirektor (Rendtorff) erfuhr's, sah in der Satzung, daß das Hausherrenrecht im Institut nur vom Institutsdirektor ausgeübt wird und daß der Rektor höchstens die ganze Uni, nicht aber einzelne Institute schließen darf, und gab den verwunderten Hausmeistern Auftrag zu öffnen.

Für einen der sieben „Begünstiger", der als Student in höherem Semester dem Psychologischen Institut angehörte, soll sich ein Ordinarius an diesem Institut (Graumann) erboten haben, Bürgschaft zu übernehmen, wenn man ihn aus der U-haft entließe.

Tatbestände

Ganz am Schluß in freier Rede die Voraussetzungen, unter denen der Senat (der eine Zeitlang außerhalb Heidelbergs permanent getagt haben soll — Odenwald?) den Tatbestand einer Institutsbesetzung erfüllt sieht:

1. Hissung einer roten Fahne
2. Umbenennung des Instituts
3. Kampieren im Institut
4. Wandschmierereien
5. Störung des Institutsbetriebes
6. Der Institutsdirektor sieht sich nicht mehr in der Lage, für das Inventar zu haften, und daher genötigt, das Institut zu schließen.

Gregor Bühler

Für fünf Mark dabei

Radarkontrolle der Polizei

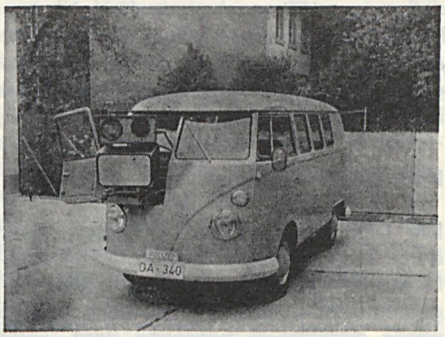
Es ist immer ärgerlich, wenn man bei einer Radarkontrolle erwischt wird. Man hat zwar vorher ein Schild gesehen, das auf eine Kontrolle hinweist, doch da die Wahrscheinlichkeit, daß der einzige Radarwagen Darmstadts gerade hier lauert, gering ist, hat man nicht weiter darauf geachtet. Nun wird man zur Kasse gebeten.

Da ein Student gewöhnlich wenig Geld hat, gibt es nur zwei Auswege: Er fährt entweder langsamer oder er versucht dem Radarwagen auszuweichen. Für die Fahrer, denen Letzteres lieber ist, soll hier der Darmstädter Radarmeßwagen vorgestellt und seine Arbeitsweise erläutert werden.

Es ist ein grauer VW-Bus mit Behördenkennzeichen. Jeder Bürger, der sich durch zu schnell fahrende Wagen belästigt fühlt, kann ihn anfordern; normalerweise werden etwa 15 der 50 Darmstädter Rennstrecken im Monat überprüft. Man geht dabei folgendermaßen vor:

Vor der eigentlichen Messung wird die Antenne des Gerätes so ausgerichtet, daß der Meßstrahl nur die Fahrzeuge der zu messenden Fahrbahnseite erfaßt, daß also Reflexionen an entgegenkommenden Fahrzeugen unmöglich sind. Die Stelle, an der der Meßstrahl auf der Fahrbahn auftrifft, um dann hoch über die Gegenfahrbahn reflektiert zu werden, wird durch ein Kreidekreuz gekennzeichnet. Es ist dann später auch auf der Beweisaufnahme zu sehen. An diesem Kreuz kann der Fahrer den Ort der Messung erkennen.

Das Meßgerät löscht automatisch den gespeicherten Wert, wenn ein Fahrzeug überholt wird. Keiner soll für die überhöhte Geschwindigkeit eines anderen bestraft werden. Es ist auch nicht vorteilhaft für die Polizei, wenn das Gerät 90 km/h mißt, und das Beweisbild einen Radfahrer zeigt, der ein ihn überholendes Fahrzeug verdeckt. Meßfehler sind so nicht möglich. Hat man den Radarwagen zu spät bemerkt, bleibt nur noch der Ausweg, schnell den Vorausfahrenden zu überholen. Ob das nun im Interesse der gejagten Fußgänger ist, mag der verantwortungsbewußte Autofahrer selbst entscheiden.
Nach dem Aufbau des Gerätes folgen drei Tests, die zeigen sollen, ob es einwandfrei arbeitet. Die Skala am Gerät muß denselben Wert anzeigen, der vom Meßschreiber festgehalten wird; eine auf 1700 Hz geeichte Stimmgabel wird angeschlagen: 105 km/h müssen angezeigt werden. Schließlich wird die Geschwindigkeit eines Polizeifahrzeuges gemessen und dessen Fahrtenschreiber mit der Anzeige des Gerätes verglichen. Die Beweisfotos dürfen erst ausgewertet werden, wenn diese Tests vor und nach der Messung zum einwandfreien Ergebnis geführt haben.



Jede Sekunde kann eine Messung vorgenommen werden. In das automatisch aufgenommene Bild werden Ort, Zeit und Geschwindigkeit eingespiegelt. Das Gerät darf eine Toleranz von ±0,8 km/h haben. Wegen der relativen Ungenauigkeit der Autotachometer beginnt die Registrierung der Werte erst ab der Geschwindigkeit, die sich aus der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und der vierfachen Gerätetoleranz ergibt.

Die Aufstaffelung der Geldstrafen bei erhöhter Geschwindigkeit erfolgt seit dem 1. 1. 1969 nach dem Buß- und Verwarnungsgeldkatalog. Hierbei werden Bußen in Höhe von 5,— bis 20,— DM erhoben, bzw. Verwarnungsgelder von 40,— bis zu 300 DM kassiert. Im letzteren Fall kann der Fahrer seinen Führerschein für die Dauer von drei Monaten einbüßen, falls er schon in der Verkehrssünderkartei registriert ist. Fast immer gibt es Fahrverbot, wenn die Geschwindigkeit um mehr als 30 km/h überhöht ist. Schon bei einer geringeren Geschwindigkeitsübertretung auf einer Strecke, auf der es schon viele Tote gab, kann der Fahrer aufgefordert werden, seinen Führerschein abzugeben.

„ . . . Gott sei Dank stoßen sich die Jugendlichen an der Ordnung."

Hier die Preisliste:

bis 10 km/h	10,– DM
15 km/h	20,– DM
20 km/h	40,– DM
25 km/h	60,– DM
30 km/h	90,– DM
40 km/h	120,– DM
50 km/h	150,– DM
60 km/h	200,– DM
ab 60 km/h	300,– DM

Jeder kann nun seine Geschwindigkeit nach dem Inhalt seiner Geldbörse einrichten. Wer aber gar kein Geld hat und dem Geschwindigkeitsrausch verfallen ist, kann seine Begierde im Oktober stillen, da die Meßgeräte des Darmstädter Radarmeßwagens in diesem Monat für einen Tag in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig überprüft und eventuell neu geeicht werden.

Weltschmerz

Jugend ist oder sind Menschen, die ohne ihr Wissen, ohne ihre Schuld und ohne ihr Dafür- oder Dagegentun auf und in eine eingepferchte Viehweide – sprich Staat – geboren werden.
Anfangs grasen sie, trinken aus dem klaren Quellbächlein und freuen sich ihres Daseins. Aber wenn sie älter werden, wenn sie besser und weiter laufen können, wenn sie feststellen, daß man über Steine stolpern, im Gebüsch hängen bleiben kann, daß die schöne Wiese von einem Zaun umgeben ist – sprich Grenze, Gesetz und Ordnung – dann stellen sie Fragen. Fragen: „Warum ist die Weide denn eingezäunt? Warum habt ihr die Steine nicht weggeräumt? Warum habt ihr das Gebüsch nicht gelichtet?" Und man wird ihnen antworten: „Das versteht ihr jetzt noch nicht, dafür seid ihr zu jung!"
Und sie werden wieder älter und bemerken, daß der Zaun Stacheln hat, daß er elektrisch geladen ist, daß an seinen Drähten und Latten Blut klebt, daß manche Steine unter einer sehr dünnen Grasschicht versteckt liegen, daß hinter den Steinen Löcher sind, in die man fallen kann, daß im Gebüsch ausgetrocknete Hautfetzen im Winde flattern, daß es auch einen Winter – sprich Unfreundlichkeit, Kälte, Krieg und Krisen – gibt. Und dann stellen sie wieder Fragen. Und man wird ihnen alle Fragen auf einmal beantworten: „Das Gras ist grün und weich, das Wasser ist klar!" – sprich: „Ihr habt doch genug zu essen und zu trinken, was wollt ihr (mehr)?"

Also: Weiterhin an den Zaun Blut spritzen,
weiterhin über die Steine stolpern,
weiterhin im Gebüsch stecken bleiben,
weiterhin auf den Winter warten und die falsche Vorsorge treffen,
weiterhin Gras fressen und
weiterhin Wasser trinken.

Und sie werden wieder älter, und sie werden beobachten, daß es Alte gibt, die am Rande, am Zaun entlang grasen, und Alte, die in der Mitte grasen – dort wächst bald kein Gras mehr –, und daß man die Extremen dieser Gruppen kurz linke oder rechte nennt, was natürlich nicht immer zutrifft. Und sie werden feststellen, daß es die „Es gehört sich nicht", „Es geht nicht an", „Es ist unmoralisch", „Das darf man nicht", „Es gehört sich für einen anständigen Menschen", „Seinerzeit", „Wie gut und recht war es doch damals", „Das mußt du verstehen" usw. die häufigsten Redewendungen und Muhs und Buhs der Großen sind. Und wenn die Jungen dann den Mund öffnen, um sich eine Frage vom Herzen zu wälzen, dann bimmelt der eine Alte oder die eine Alte nur unwillig mit der großen Glocke.
Also: Weiter Gras fressen und Wasser trinken, die Richtung stimmt.
Ich bin inkonsequent gewesen. Ich habe vergessen festzustellen, daß manche Fragen auch beantwortet werden und wurden, daß Steine schon aus dem Weg geräumt wurden, daß ab und zu das Unkraut gejätet wird, daß viele Löcher ausgefüllt wurden, daß der Zaun alle vier Jahre neu gestrichen wird.

Das war vor 10 Jahren:

1958 hielt der Leiter der Abteilung Jugendfunk des Süddeutschen Rundfunks, Hans Weber, einen Vortrag über die Jugend von heute, von – damals – 1958.
„Unser Jahrhundert ist die Zeit der Endresultate. Es birgt bei aller technischen Entwicklung kein Geheimnis mehr, das unlösbar erscheint. Es ist das Jahrhundert der Ordnung. Und in diese Zeit der Ordnungssucht, der Reglementierung, der Organisation alles Organischen wird die Jugend hineingeboren. Ein grausames Schicksal!"
„ . . . Gott sei Dank stoßen sich die Jugendlichen an der Ordnung. Es ist doch der letzte Ausdruck, der Ihnen zum Jungsein bleibt, der Protest gegen die gegebene Ordnung."
Es gab damals Menschen, die ernsthaft und öffentlich den Protest der Jugend an der gegebenen Ordnung begrüßten. Den Protest um der Jugend und um des Protestes und nicht um der Fragwürdigkeit der gegebenen Ordnung willen: ein erbärmlicher Protest.
„... Die Indifferenz der tatsächlichen Welt (der von den Erwachsenen geprägten und getragenen Welt) ist das Schicksal der Jungen. Ich möchte hier ganz deutlich sagen, daß es doch fast unerklärlich ist, daß wir unter den herrschenden Zuständen noch eine so gesund reagierende und saubere Jugend haben." (Hört! Hört!)
„Zu Anstand, Realismus und politischem Interesse kommt noch der Hunger nach wahrer Autorität hinzu. Der junge Mensch will geführt sein, aber die Persönlichkeit, zu der er aufschaut, muß intakt sein."
(Man hüte sich vor Umarmungen!)
„... Man hat den staatsbürgerlichen Unterricht geschaffen und ist zufrieden, wenn der Unterschied zwischen Bundestag und Bundesrat bekannt ist, wenn die Namen des Bundeskanzlers und der wichtigsten Minister geläufig sind und wenn die jungen Leute wissen, daß er Blank nicht mehr Verteidigungsminister sondern Arbeitsminister ist."
„Unsere repräsentative Demokratie ist weiß Gott nicht geeignet, einem jungen Menschen den Sinn der eigenen politischen Aktivität klarzumachen. Er wird zwar anerkennen, daß sie die einzig mögliche Form ist, denn es geht einfach nicht an, daß der einzelnen Bürger bei jedem staatlichen Vollzug mitbestimmt. Aber er wird es als Mangel betrachten, daß seine Mitbestimmung nur alle vier Jahre ihren Ausdruck finden soll."
Inzwischen hat man festgestellt, daß diese Demokratie nicht die einzig mögliche Form ist, daß es noch andere Mängel an unserer „Repräsentativen Demokratie" gibt.
Aber das alles ist ja schon zehn Jahre her, und was hat sich inzwischen geändert? ws

Dietmar Henning

Schluß mit dem Triebverdruß!

Unterdrückungsfunktion christlicher Sexualmoral

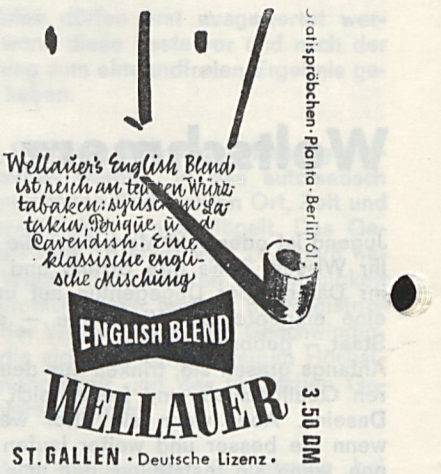
Die vom Bürgertum vertretene Moralauffassung hat ihren Ursprung in der jüdisch-christlichen Religion. Die Grundlagen sind die Zehn Gebote und die sich daraus ableitende Rechtsauffassung. Besonders kennzeichnend für diese Auffassung ist die Einstellung zur Sexualität.
Die heutige Form der Sexualität des Menschen ist ein Kulturprodukt wie der aufrechte Gang, die Essensgewohnheiten und die Sprache. Sie läßt sich aber nicht auf irgendeine Norm festlegen. Was im bürgerlichen Sprachgebrauch als pervers bezeichnet wird, gehört zum Verhaltensrepertoire höherer Tierarten. Die menschliche Sexualität unterscheidet sich allerdings von der tierischen mindestens ebenso gründlich wie der Mensch vom Tier selbst. Deshalb können Vergleiche in die Irre führen — z. B. Sexualität als reinen Fortpflanzungstrieb anzusehen. — Aber eben davon geht seit zwei Jahrtausenden die christliche Moralauffassung aus.

Entwicklung christlicher Sexualmoral

Weitere Grundlagen der triebfeindlichen christlichen Sexualmoral liegen im Neuen Testament. Paulus prägte z. B. den Satz, daß „Fleisch und Blut das Reich Gottes nicht ererben kann". Daraus folgt die Ablehnung alles Körperlichen, die Vorstellung vom „Leib der Niedrigkeit" und schließlich, daß es für einen „Menschen nicht gut sei, eine Frau zu berühren". (Die Frau ist also kein Mensch!)
In der alten Kirche galt die sexuelle Enthaltsamkeit mehr als die Ehe. Da einige aber leider nicht von der Sexualität lassen konnten, wurde ihnen die Ehe als „befristete Lizenz" gestattet. Jeder Koitus, der nicht durch einen Kontrakt legalisiert wurde, galt als Unzuchtssünde. Im übrigen fordert Paulus, „daß auch die, welche Frauen haben, so seien, als hätten sie keine." Selbst der eheliche Geschlechtsverkehr wurde zum rein freudlosen Akt herabgewürdigt.
„Kirchliche Sexualvorschriften wurden einerseits als göttlicher Wille anerkannt, andererseits konnten sie nicht gehalten werden, weshalb sie quälende Schuldgefühle und zermürbende Angst erzeugten. Wo konnten die Menschen sich erleichtern? Allein bei den geweihten Geistlichen, die über die Schlüsselgewalt verfügten. So half das priesterliche Monopol, Sünden zu vergeben, vor Fegefeuer und Hölle zu bewahren, die Handlungen der Menschen, selbst ihre Gedanken zu lenken."
Triebunterdrückung führt notwendigerweise zur Verdrängung und fixiert sich aggressiv auf Sündenböcke. Außer den Nichtchristen boten sich vor allem die Frauen als Objekt für sexualfeindliche Impulse an. Reagierten Kirchenväter ihren Triebstau nicht gerade mit Prostituierten ab, projizierten sie Schuld- und Angstgefühl auf die Frau als Verführerin.
Der grausige Höhepunkt der Frauenfeindlichkeit war der institutionalisierte Hexenwahn. Fünf Jahrhunderte lang wurden Frauen ertränkt, verbrannt oder einfach totgeschlagen. („Eine Zauberin sollst du nicht am Leben lassen". — 2. Mose 22,18)
In der Neuzeit liberalisierte sich die Einstellung gegenüber der Frau. Immerhin bekämpfte Reformator Luther den Hexenwahn, sah die Frau jedoch mehr als Hausmütterchen und Gebärmaschine, aber kaum als vollwertigen Menschen an.
Diese Grundvorstellungen über die Frau und eine repressive Sexualmoral werfen ihre Schatten bis in unsere Zeit, man denke an die Enzyklika Humanae Vitae.
Fazit: Das Christentum hat die sexuellen Triebe nie als menschliche Regungen im guten Sinn gelten lassen. Jeder Beischlaf war eine zwielichtige Angelegenheit und konnte nur gestattet werden, wenn er rein instrumentell zum Kinderzeugen diente.

Christliche Moral und kapitalistische Unterdrückung

Im 18. Jahrhundert wurde durch die Aufklärung die Voraussetzung für künftige Veränderungen geschaffen. Damals erkannte man die Möglichkeit, ja die grundsätzliche Berechtigung, über alles zu reflektieren ohne Tabus und Vorurteile.
Als allerdings Anfang des 19. Jahrhunderts die ersten Auswirkungen der neuen Denkweise absolutistische Fürstenhäuser und Kirchenhierarchien sprengten, das Bürgertum sich im Nationalstaat als bestimmende Klasse etablierte, war die Masse des Volkes keinesweg aus der „selbstverschuldeten Unmündigkeit" (Kant) herausgetreten.
Sie konnte den neuen Ideen nicht folgen, und man mußte die kirchliche Moral und die daraus folgende Unterdrückung fast uneingeschränkt ins Bürgertum übernehmen. Die Leute, die einst die Lehren der Aufklärung vertreten hatten, bestimmten nun das Geschehen im neuen Staat. Sie gefielen sich in dieser Rolle, nutzten die christliche Moral aus und etablierten sie in der neuen Gesellschaft.
In vielen Familien werden solche Moralvorstellungen noch heute von Generation zu Generation weitergereicht. Eltern versuchen sie ihren Kindern anzuerziehen. Gerade bei sexuellen Beschränkungen zeigt es sich, ob der Mensch sich widerspruchslos in die gegebene Ordnung einfügt. Hier ist der Gehorsamsanspruch am stärksten, der Widerspruch zwischen Forderung und Vernunft am größten. Dieser einmalige Unterwerfungsakt ist folgenschwer, die einmal vollzogene Unterwerfung wider besseres Wissen und wider den Trieb führt zu Unterordnung unter alle späteren Gehorsamsansprüche, da diese wesentlich leichter zu erfüllen sind. Entweder setzt sich der Jugendliche jetzt zur Wehr, oder er fügt sich ein, wird zum Reaktionär oder zum Befehlsempfänger



und Untertan. Der Reaktionär ist der Erfolgreiche im System, der am Unterdrücken seines Triebes Lust empfindet und diese Unterdrückung auch von anderen verlangt.
Die folgenden Jahrzehnte sozialistischer und sozialdemokratischer Bewegungen sorgten dafür, daß zumindest Teilaspekte der kapitalistischen Unterdrückung dem einfachen Arbeiter bewußt wurden. Zähe Kleinarbeit und die natürliche Widersprüchlichkeit des Systems brachten im Laufe des 20. Jahrhunderts eine Lockerung der Sexualvorschriften und eine Teilemanzipation der Frau. Die Funktion

„Eine Zauberin sollst Du nicht am Leben lassen"

2. Mose 22, 18

der Kirche wurde offenbar und ist für die Bewußtseinsbildung der meisten Jugendlichen bedeutungslos geworden: ab etwa 14 Jahren wird sie ignoriert oder gemieden. Sie ist lediglich noch Vollzugsorgan und Helfer des spätkapitalistischen Staates.

Stellung der Frau

„Sexualität dient nicht mehr unbedingt als Mittel zur Kinderzeugung, sondern als Mittel zum Geldverdienen. Immer unverschämter beutet der Reklameapparat sexuelle Reize und Regungen als Motor höherer Profitraten aus." Das Ideal der Frau — in der Vorstellung christlicher Moral keusch und züchtig — wird im Zuge kapitalistischer Widersprüche an jeder Straßenecke wohlfeil geboten.
Die Verdinglichung im sexuellen Verkehr wird immer deutlicher. Der Kapitalismus hat die Treueidee kirchlicher Ehemoral zu einer Ideologie des Eigentums gemacht, den Menschen zum besitzbaren Objekt degradiert. So hat Sexualität Warencharakter angenommen.
Auswirkungen: Scheinbar ist die Frau emanzipiert und hat die Freiheit, sich jeden Beruf auszuwählen. Doch dieser Schein trügt: Immer noch wird die Frau als zartes, gefühlvolles, unwissendes Wesen angesehen, das besser hinter dem Herd bleibt und die Kinder versorgt. Eltern sorgen dafür, daß Mädchen — die ja doch bald heiraten —, wenn sie schon studieren, wenigstens einen „Frauenberuf" lernen, wie z. B. Lehrerin oder Kinderärztin. Aufgabe der Frau sei es, Kinder zu kriegen und den Haushalt zu machen. Diese Grundvorstellung spukt heute noch in bürgerlichen Gehirnen.

Gesetzgebung

Christliche Moralvorstellungen beeinflussen das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Verbot von Homosexualität und Sodomie, der Kuppeleiparagraph werden aber zu oft übertreten, als daß man konsequent bestrafen könnte. Eine willkürliche Anwendung dieser Gesetze kann direkt als repressive Maßnahme der herrschenden Klasse genutzt werden.
Besonders auffällig ist das bei den Paragraphen, die Ehe und Familie betreffen. Jene Institution, einst der Ausgangspunkt für die moralische Repression des Christentums, ist heute zur Keimzelle des autoritären Staates geworden. Nicht der Mensch, sondern die Institution selbst wird geschützt. Der Staat regelt die Verhältnisse (Vermögen, Erbrecht, Erziehung der Kinder, Ehebruch, Scheidung) bis ins einzelne und setzt damit ähnlich wie die Kirche einer individuellen, persönlichen Beziehung enge, fragwürdige Grenzen, die mehr geeignet sind, das Zusammenleben zu stören als zu fördern.

Schule

Dem kapitalistischen Staat dient die Schule hauptsächlich zur Vermittlung von Fachwissen, wodurch der Mensch für den Produktionsprozeß ausgebildet wird. Mit der Einführung gewisser demokratischer Grundnormen setzten auch gewisse Tendenzen der Erziehung zum mündigen Staatsbürger ein, die allerdings meistens nicht viel mehr sind als eine unangenehme Pflichtübung einer autoritären Institution. Fragwürdige moralische Normen versucht man durch in sozialer Hinsicht überholte Stücke der Weltliteratur dem Schüler anzuerziehen. In dieselbe Kerbe schlägt der Religionsunterricht. Aufklärung über Sinn und Zweck der repressiven Sexualmoral gewährt die Schule gewöhnlich nicht.

Ergebnis

Die Grundformen der auf der christlichen Lehre beruhenden Unterdrückung sind nicht beseitigt worden. Sie wirkt noch heute fort, verhindert eine Gleichberechtigung der Frau, eine humanitäre Gesetzgebung und eine Erziehung zum mündigen Menschen. Unsere Gesellschaft ist immer noch sexfeindlich, mithin menschenfeindlich und in letzter Konsequenz autoritär. Echte Humanität und Demokratie sind auf der gegenwärtigen gesellschaftlichen Grundlage unmöglich.
Zitate: Kahl — Elend des Christentums.

Hans Weidner

Viel Aufgaben, weniger Macht, kaum Mut

Presse in Deutschland (Schluß)

Im zweiten Teil wurde aufgezeigt, wie vielfältig die Bedrohung der Pressefreiheit durch Eingriffe von außen ist. Abschließend sollen die Auswirkungen untersucht werden und die Frage, inwieweit die Presse überhaupt ihrer Aufgabe gerecht werden kann.

Wo die sozialen Interessen nicht publizistisch geläutert werden, muß notwendigerweise eine staatliche Instanz für den nötigen Ausgleich sorgen. Die gesellschaftlichen Grenzen der Pressefreiheit liegen dort, wo der Konflikt der Gruppeninteressen auf anderem als publizistischem Wege ausgetragen wird. Eine Presse, die nicht soziale Konflikte repräsentiert, kann keine Freiheit haben. Pressefreiheit, die nicht durch urteilende Stellungnahme und das Herausarbeiten gesellschaftlicher Widersprüche wahrgemacht wird, ist nichts. Sie bleibt eine Laune kleiner Gruppen, ein Aushängeschild für die Gesetzgeber.

Harry Pross

Es gibt sicher nicht viele Menschen, die auf die alten liberalen Freiheiten, insbesondere auf Rede- und Pressefreiheit, verzichten wollen. Auf dem europäischen Kontinent werden trotzdem nicht mehr viele sein, die glauben, jene Freiheiten existieren noch, wo sie den Inhabern der Macht gefährlich werden könnten.

Carl Schmitt

Ist es schon ein seltsames Ding, daß führende Politiker die Widersprüche ihrer eigenen Erklärungen bezüglich elementarer Fragen nicht aufzulösen vermögen, so ist es noch viel seltsamer, daß die Publizistik sie nicht nachhaltiger zwingt als es geschieht, sich diesen Widersprüchen zu stellen.

Erich Kuby

Der Schriftsteller betrachtet keineswegs seine Arbeiten als Mittel. Sie sind Selbstzwecke, sie sind so wenig Mittel für ihn selbst und für andere, daß er ihrer Existenz seine Existenz aufopfert... Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein. Dem Schriftsteller, der sie zum materiellen Mittel herabsetzt, gebührt als Strafe dieser inneren Unfreiheit die äußere, die Zensur, oder vielmehr ist schon seine Existenz seine Strafe... Dann aber gehört zur Freiheit nicht nur was, sondern ebensosehr, wie ich lebe, nicht nur, daß ich das Freie tue, sondern auch, daß ich es frei tue.

Karl Marx

Wer einmal in die Verlegenheit gekommen sein sollte, eine Presseschau zusammenzustellen, kann ein Lied davon singen, wie schwer es heute ist, überhaupt ein einigermaßen breitgefächertes Meinungsspektrum zusammenzutragen; die Reflexionen der Presse sind vorwiegend monochrom. Und nicht nur das, selbst in der Großen Koalition vernachlässigt die Presse eine ihrer wichtigsten Aufgaben: die Opposition.

Es scheint, als verstünde sich die Mehrzahl der Journalisten als reine Nachrichtenvermittler, die das, was sie weitergeben, auch noch so aussuchen und placieren, wie es der herrschenden Gesinnung genehm ist. Mangel an kritischer Einstellung? Vielleicht zum Teil, zum anderen auch böse Erfahrung mit Einflußnahmen.

Weit wichtiger für dieses Phänomen scheint die Tatsache zu sein, daß ein Großteil der Journalisten sich offensichtlich in falsch verstandenem Gemeinsinn nicht mehr als durch die Verfassung autorisierte Gegenspieler der Herrschenden verstehen, sondern als deren vertraute Kumpane. Nachrichten werden nicht mehr seziert, kritisiert, sondern von oben herab erläutert, erklärt. Es scheint sich auf Kosten des Lesers ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl den „Tätern" gegenüber entwickelt zu haben, ein typisches Verhaltensmuster der Emporkömmlinge.

Solche Einstellung entblößt sich nicht nur in den leider immer spärlicher werdenden Kommentaren, auch im Nachrichtenteil findet sie ihren Niederschlag, teils versteckt und kaum bemerkbar, teils in Form mehr oder weniger klar zum Ausdruck gebrachter Glaubhaftigkeitspräferenzen.

Kleines Lexikon:

Ulbricht „behauptet", Kiesinger „stellt klar"; neonazistische Tendenzen in der Bundesrepublik sind „angebliche", antisemitische in Polen sind real; der Vietcong „mordet", die Amerikaner „fügen Verluste zu"; ein „Sowjetspion" wird gegen einen „U-2-Piloten" ausgetauscht.

Zur unbewußten Nachrichtenrelativierung tritt die bewußte; wenn die Polizei vermutet, man habe ein Sprengstoffattentat auf Hubert Humphrey vorgehabt, dann hat man es eben vorgehabt, mag der Pudding noch so süß gewesen sein.

Wenn Demonstranten behaupten, sie seien von der Polizei oder friedliebenden Bürgern mißhandelt worden, wird die Glaubhaftigkeit der Aussage von vornherein in Zweifel gezogen.

Was nicht genehm ist, kann auch einfach ganz weggelassen werden. So kann man bei Enzensberger eine Aufstellung wichtiger Meldungen über den Katanga-Konflikt nachlesen, denen allen zueigen ist, daß

- sie ungünstiges über Tschombe, die Söldner und deren europäischen Hintermänner aussagten
- die Frankfurter Allgemeine Zeitung sie ihren Lesern verschwieg.

Wahrhaftig, dahinter steckt ein kluger Kopf. Kein Wunder, wenn auch Erich Kuby meint: „Mit dem, was nicht in der FAZ steht, ließe sich eine Zeitung wie der „Observer" mühelos füllen, und was dort unausgetragen an Widersprüchen bleibt, damit ließe sich mühelos ein dritter Weltkrieg entfesseln. Ich bin nicht der Ansicht, daß dies in der Absicht dieser Zeitung liegt, ich bin nur der Ansicht, daß

NEU... NEU...
H. SCHLAPP
Wilhelminenstraße 2
Ruf 2 60 54 / 55
DER GELBE TASCHENBÜCHER LADEN

sie zuwenig Wirklichkeit und zuwenig subjektive Wahrheit der Entwicklung zu einer Katastrophe entgegenstellt."
Woran liegt nur diese Furcht vor den Autoritäten im deutschen Journalismus, wenn es nicht schon Kumpanei ist. Wie kommt es, daß zum Beispiel das Darmstädter Echo sich von Herrn Reißer erzählen läßt, er werde in einer „Pension" ein Studentenheim einrichten und der Leser erst durch Leserbriefe erfährt, daß dafür 22 alte Leute ausquartiert werden müssen. Warum schreibt man meist nur

das, was die Pressestellen der Betriebe veröffentlichen und fragt so selten die Betroffenen, die Arbeiter? Liegt es wirklich nur daran, daß die Deutschen sich ihre Freiheiten — auch die Pressefreiheit — nie selbst erkämpften, sondern sie immer von anderen geschenkt bekamen? Wer „macht" eigentlich die Meinung der Presse? In erster Linie natürlich die Verleger und Herausgeber, wenn sie wollen, selbstverständlich, sie können schließlich Chefredakteure, Redakteure und Mitarbeiter (derartige Hierarchien — sie sind in Wirklichkeit noch viel differenzierter — sind natürlich, sofern sie als Hierarchien gehandhabt werden, der freien Meinungsäußerung auch nicht zuträglich, ein Zustand, der sich im Erzeugnis getreulich wiederspiegelt) einstellen und entlassen. Geht man davon aus, daß es heute den Typ des Nebenbei-Verlegers, dem Gewinn oder Verlust aus seiner Zeitung egal sein können, immer weniger gibt, wird erkenntlich, daß die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, einen direkten Zwang zur Anpassung des Journals mit sich bringt, zur Anpassung an Lesermeinung und -geschmack.

Zudem gehören Herausgeber und Verleger dadurch, daß sie in der Regel im Besitz von Produktionsmitteln oder zumindest dem zu deren Anmietung notwendigen Kapital sind, naturgemäß selbst zu der Kaste, der es am wenigsten an einer Kritik an den herrschenden Zuständen gelegen sein kann. Bezeichnend dafür ist, daß gerade die wenigen noch unter „Meinungspresse" zu qualifizierenden Blätter (im Gegensatz zur „Generalanzeigerpresse") in der Regel Zuschußunternehmen sind.

Selbst so liberale Menschen wie der WDR-Intendant Klaus v. Bismarck („Journalisten kritisieren nicht aus magensaurer Lust") und sein Redakteur Werner Höfer wollten dem „Stern"-Verleger Henri Nannen bei einem „Frühschoppen" Bild und Ton abschalten, als man sich zwar über das Thema „Umgang mit Staatsoberhäuptern" unterhalten wollte, das amtierende deutsche Staatsoberhaupt aber weder beim Namen noch sonstwie genannt werden sollte. Intendanten haben es allerdings auch schwer unter den Rundfunkräten der Großen Koalition.
Das Bild der deutschen Publizistik ist eintönig wie noch nie, nichts mehr ist übriggeblieben aus der großen Zeit der Pressefehden, des kritischen Engagements. Ein Gericht konnte den bundesdeutschen Leitartiklern bestätigen, sie störten den „öffentlichen Frieden" (sprich: Schlaf) nicht, was immerhin die „Süddeutsche Zeitung" mit „verlegenem Griff an die eigene Nase" zu der Frage veranlaßte: „Was säuselt sanfter als ein deutscher politischer Leitartikel?".
Durch ihre unkritische Nachrichtenvermittlung, das Überspielen oder Verschweigen von Konflikten und zum Teil auch Nachrichtenmanipulierung arbeitet die deutsche Presse gegen ihre ureigenste Aufgabe, die Herrschenden zu kontrollieren und den Leser zu einem mündigen Staatsbürger zu erziehen. Schreibt Kuby:

> Die von dieser Nachrichtenpolitik in Jahren beeinflußte öffentliche Meinung nimmt die Verzerrung kaum mehr wahr.

Je mehr Kapital zum Aufbau und Betrieb eines Mediums nötig ist, um so geringer wird die Zahl derer, die sich als Einzelverleger oder -produzenten an der Konkurrenz beteiligen können, um so mehr Macht wächst denen zu, die übrigbleiben. Sie werden zu Partnern von Regierung und Parteien, in Wahrheit zur wichtigsten pressure group, da sie die Kommunikationskanäle und die Meinungsbildung kontrollieren.

Harry Pross

Pressefreiheit bedeutet, daß alle Meinungen aller Bürger frei verbreitet werden können. Jetzt aber? Jetzt aber haben nur die Reichen dieses Monopol, dann noch die großen Parteien.

Lenin

Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben können, immer kleiner... Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Journalisten, die diese Meinung teilen, finden sie immer... Aber wer nun anders denkt, hat der nicht auch das Recht, seine Meinung auszudrücken? Die Verfassung gibt ihm das Recht, die ökonomische Wirklichkeit zerstört es. Frei ist, wer reich ist... Und da Journalisten nicht reich sind, sind sie auch nicht frei.

Paul Sethe

Ein Staat, dessen Organe nach dem Willen seiner Verfassung in einem Akt freier politischer Willensbildung der Bevölkerung gebildet werden, wird nicht von denen getragen, welche die freie Meinungsbildung im Rahmen des Möglichen einzuschränken versuchen, sondern von denen, die sie allen Widerständen zum Trotz ausweiten wollen. Daher ist die meinungsbildende Kraft der Presse im besten Sinne des Wortes „staatserhaltend", und gerade dann, wenn sie abweichenden Meinungen oder Minderheitsmeinungen Raum gibt.

Karl-Herrmann Flach

Das eigentliche Übel der Unterdrückung einer Meinung ist ja, daß dadurch Raub an der Menschheit geschieht, an der künftigen wie an der gegenwärtigen Generation; an denen, die von der Meinung abweichen noch mehr, als an denen, die ihr anhängen. Ist die Meinung richtig, so benimmt man ihnen die Gelegenheit, Irrtum gegen Wahrheit einzutauschen; ist sie unrichtig, so verlieren sie, was ebenso wertvoll ist, das tiefere Verständnis und die lebendige Erfahrung der Wahrheit, wie sie aus dem Zusammenstoß der Wahrheit mit dem Irrtum erfolgt.

J. St. Mill

Die französische Journalistik ist die Kunst, das Volk glauben zu machen, was die Regierung für gut findet. Die zwei obersten Grundsätze:

— *was das Volk nicht weiß, macht das Volk nicht heiß*

— *was man dem Volk dreimal sagt, hält das Volk für wahr.*

H. v. Kleist

In einer intakten pluralistischen Publizistik wäre der „Spiegel" allenfalls ein formales Phänomen, kein politisches.

Erich Kuby

Ein großer Teil der in der öffentlichen Meinungsbildung tätigen Journalisten hat eine „politische Vergangenheit" — manche auf der äußersten Rechten, manche auf der äußersten Linken. Sie stehen heute auf dem Boden des Grundgesetzes und bemühen sich oft, ihr Bedürfnis nach „nachzuholendem Widerstand" — wie es ein Spötter formulierte — zu befriedigen und Resultate dieser Haltung vorzuführen. Das „gebrochene Kreuz" hindert manchen, in der geistigen Auseinandersetzung unserer Tage unbefangen und mit spitzer Feder aufzutreten. Der Konformismus beherrscht die Lage und lähmt die Geister — auf allen Seiten und nach allen Richtungen.

Werner Mühlbradt

Vive la France!

Partnerschaftsvertrag mit der ECL

Erst wenn ihr das objektive Gegenbild vorgeführt wird, empfindet er das Tendenziöse — freilich nicht das Tendenziöse in den Nachrichten, die ihr tägliches Zeitungs-, Radio- und TV-Brot bildet, sondern das Tendenziöse im objektiven Gegenbild. Die New York Times würde vom bundesdeutschen Zeitungsleser als ein ausgesprochen „linkes" Blatt empfunden werden, wohlverstanden, nicht in ihren Kommentaren, sondern in ihrem Nachrichtenteil. Ein Artikel wie der von James Reston, in der New York Times auf der ersten und zweiten Seite veröffentlicht, nach

der durch den U-2-Zwischenfall geplatzten Pariser Konferenz, würde in der Bundesrepublik sogar als „kommunistisch" angesehen werden, wenn er beispielsweise im gewohnten Druck unter einem der gewohnten Autorennamen in den Frankfurter Heften erschienen wäre. Darin stand nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die eigene Regierung ihr gerüttelt Maß an Schuld am Abbruch der Konferenz habe. Das war für die öffentliche Meinung in Amerika in diesem Augenblick etwa so, als hätte in einer westdeutschen Zeitung am 14. August 1961 aus maßgeblicher Feder gestanden, die Berliner Mauer sei auch von der Bonner Politik mitverschuldet worden. Es ist einfach unvorstellbar, daß sich unsere Publizistik noch ein solches Maß an Objektivität abringen könnte. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Im Dezember 1968 wurde ein Partnerschaftsvertrag zwischen der Ecole Centrale Lyonnaise und der Technischen Hochschule Darmstadt in Lyon ausgearbeitet. Dieser Entwurf sollte von den zuständigen Gremien ratifiziert werden, auf Lyoner Seite vom Rat der Lehrenden und vom Studentenparlament, in Darmstadt vom Senat, dem Rat der Nichthabilitierten und ebenfalls vom Studentenparlament. Die Darmstädter Studenten faßten den Entwurf neu ab; vage Formulierungen entfielen, den studentischen Anliegen wurde größeres Gewicht verliehen.

Die Ecole Centrale Lyonnaise (ECL) kann etwa 600 Studenten aufnehmen. Die dreijährige Ausbildung schließt an das Studium auf einer Ecole Superieure (Vorhochschule) an, die die Studenten etwa mit dem Wissen, das unserem Vordiplom entspricht, entläßt.

Eine Einteilung in Fakultäten kennt man an der ECL nicht. Jeder Student erhält einen fast alle technischen Gebiete umfassenden Unterricht. In einzelnen, modern eingerichteten Instituten, in denen auch Forschungsarbeiten durchgeführt werden, erhält er zwar Einblicke in spezielle Gebiete, legt sich jedoch auf keine Fachrichtung fest. Der Student spezialisiert sich erst nach dem Verlassen der ECL entweder durch Kurse in der Industrie oder durch weiterführende Vorlesungen auf Universitäten.

Der Vertrag sieht unter anderem Studentenaustausche vor. Schon jetzt haben sich einige Studenten aus Lyon entschlossen, das Sommersemester in Darmstadt zu verbringen, nicht ohne den Hintergedanken, ihr recht einseitiges, technisches Studium „sozialwissenschaftlich" und „politologisch" zu ergänzen.

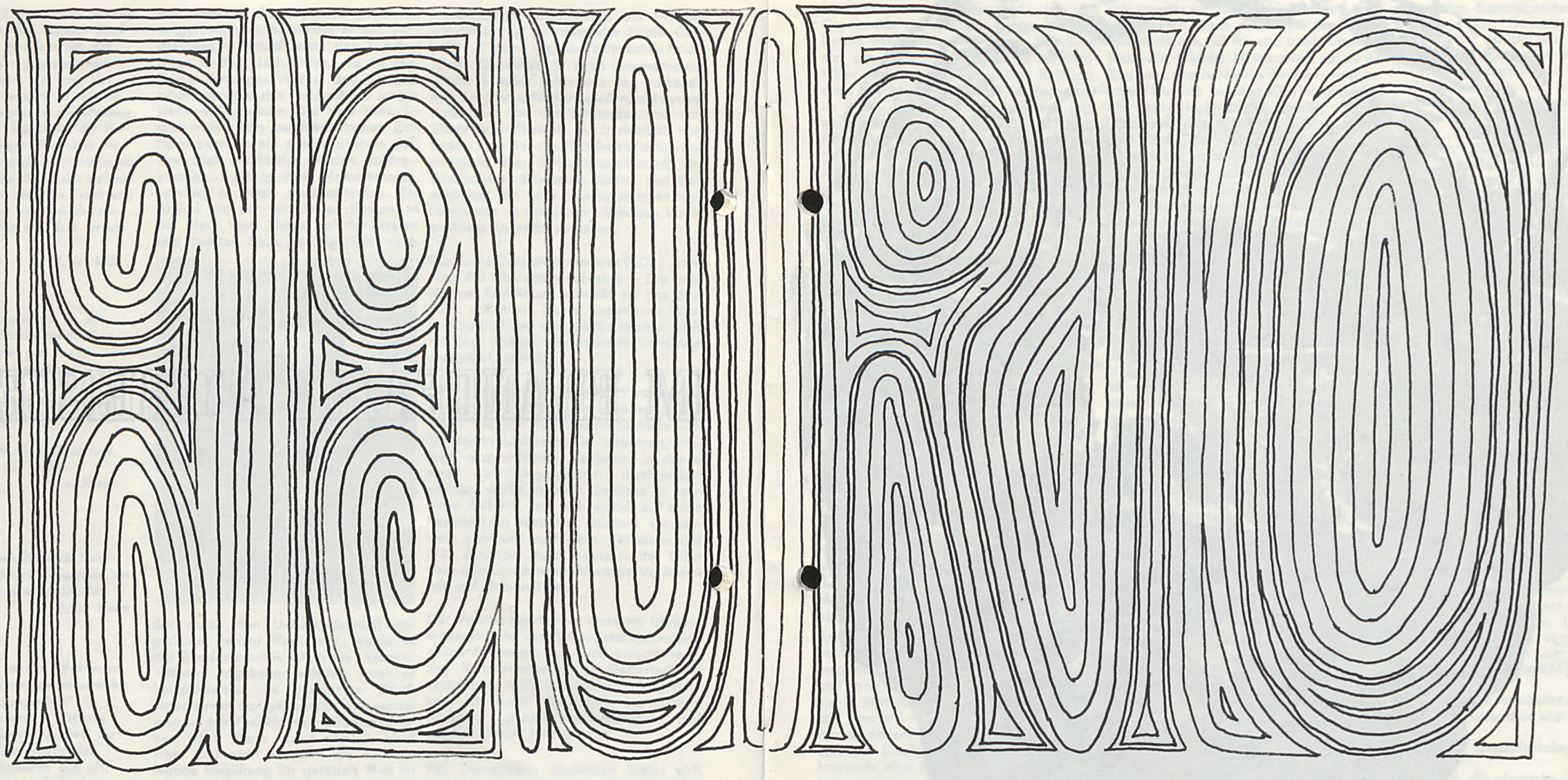
Für Darmstädter Studenten bietet sich ein Semester in Lyon für die Anfertigung von Studien- und Diplomarbeiten an. Die Institute Wasserbau, Strömungslehre und Werkstoffkunde eignen sich besonders gut, da sie umfangreiche Forschungsarbeiten durchführen. Weiter sollen gegenseitig Praktikantenplätze vermittelt und Lehrprogramme ausgetauscht werden.

Mitte Februar wird eine Delegation von Studenten und Professoren die THD besuchen.

wms

IM BRANDFALLE AUFREISSEN

Hier bitte auftrennen!



Rotkäppchen II. Teil

Nachdem also Rotkäppchen und die Großmutter noch einmal knapp mit dem Leben davongekommen waren, beschlossen sie, nie wieder auf Wölfe hereinzufallen und lange zu leben. Das Rotkäppchen pflückte darum keine Blumen mehr im Wald, und die Großmutter blieb fortan gesund. Außerdem ließ sie sich eine Klingel an die Tür machen, die es aber nicht tat, so daß alle Leute, die den Trick nicht kannten, unverrichteter Dinge weggingen. Auf diese Weise, hoffte sie, werde sie die Zukunft unbelästigt überstehen.

Aber einen der Wölfe, die in der Gegend herumlungerten, ließ diese Geschichte nicht ruhen, und er sann auf Mittel und Wege, die Großmutter dennoch zu vernaschen. Nicht, daß ihm viel an der Großmutter gelegen hätte — ihn reizte die ganze Sache mehr von der sportlichen Seite. Er ging also hin zu dem Haus und klopfte an. Auf die Idee zu klingeln kam er gar nicht, weil er den Knopf glatt übersehen hatte. Die Großmutter öffnete, und er stellte nach bewährter Manier die rechte Hinterpfote in die Tür. Dann sagte er, er käme von der Handwerkerinnung, es sei dringend und sie solle ihn schleunigst hineinlassen, sonst gäbe es Krach. Die Großmutter war einen Augenblick verdattert, denn es klopfen ja nicht alle Tage Wölfe an die Haustür, denen es so pressiert, und sie sagte höflich, sie habe nicht ganz verstanden, was er denn wolle? Das werde sie schon sehen, rief der Wolf und fletschte seine Zähne; mit einem Ruck riß er die Tür auf und ging auf die Großmutter los.

Am Tag darauf mußte das Rotkäppchen seinen üblichen Gang zur Großmutter machen. Es nahm einen Streuselkuchen und eine Flasche Herztropfen, wickelte sie in eine Zeitung, klemmte alles unter den Arm und wanderte dem Wald zu. Die Sonne schien, und die Vöglein sangen, und die Bienlein summten, und überall herrschte eitel Freude.

Auch Rotkäppchen freute sich, und es dachte an nichts Arges, als es die Tür zu Großmutters Wohnung offen fand. Doch als es eintrat, lag da die Großmutter auf der Chaiselongue und ächzte und stöhnte. Da erschrak Rotkäppchen und es fragte ängstlich: „Aber Großmutter, was ist Dir denn? Und warum hast du so hungrige Augen?“

„Weil ich dich fressen will!“ schrie die Großmutter mit überschnappender Stimme, tat einen Satz vom Sofa und verschlang das arme Rotkäppchen mit Haut und Haaren. Dann packte sie den Streuselkuchen aus, aß ihn und trank anschließend die Flasche Herztropfen auf einen Zug leer. Davon wurde ihr sehr wohl zumute, weshalb sie ans Klavier ging und ein paar frivole Lieder spielte, daß es laut durch den Wald klang.

Das hörte der Jäger, der zufällig an ihrem Haus vorbeiging; er rannte hinein, riß das Gewehr herab und schoß sie tot. Dann schnitt er ihr den Bauch auf, denn er hatte beim letzten Mal einige Erfahrungen gesammelt, und heraus sprangen das Rotkäppchen und der Wolf. Da merkte der Jäger, daß Erfahrung nicht alles ist; aber Rotkäppchen ließ keine Traurigkeit in ihm aufkommen, sondern fiel ihm um den Hals. Er hatte nämlich eine fesche Uniform an, und Rotkäppchen war zu der Zeit sechzehn.

Der Wolf aber lief, so schnell er konnte, in den tiefsten Wald hinein und ließ sich nie wieder blicken; er genierte sich so schrecklich, daß er als Sportsmann von einer Großmutter hereingelegt worden war. Manche sagen, er sei Vegetarier geworden und bald darauf an einem holzigen Radieschen gestorben, manche auch, er sei ausgewandert in ein fernes Land, wo man nachsichtig mit Wölfen mit Vergangenheit ist — sei dem auch, wie es wolle, er hat nie mehr eine alte Frau belästigt. So hat auch diese Geschichte ihr Gutes.

ff

Gott liebt Operettenmusik

Rundfunk am Sonntag

Am späten Samstagnachmittag geht der Kokolores los. Dünnes Gebimmel aus dem Radio, darüber ein Sprecher:

Sie hören das Geläut der St. Heiligenkirche in Obertal über dem Bach. Die Glocken, die in cis, dis und zweigestrichenem fis gestimmt sind, wurden gestiftet . . . Pest . . . eingeschmolzen . . . Dreißigjähriger Krieg; neu gegossen 1952. Die Kirche ist ein seltenes Beispiel früher . . . Bauweise, teilweise zerstört . . . wiederaufgebaut . . . Von besonderer Bedeutung sind die ausgezeichnet erhaltenen . . .

*

Ich stehe auf, später als sonst, will während des Rasierens die Nachrichten hören; ach so, es ist Sonntag. Soll ich mich da überhaupt rasieren, komme ja doch kaum aus dem Haus. Ist ja nichts los.

Komischerweise ist man immer wieder der Hoffnung, es gäbe was im Radio und stellt es an. Natürlich:

1. Sender: (Sprecher mit gehobener pathetischer Stimme)
   Das Alte ist über die Schranken des Todes hinweg das Alte. Ob wir Christen evangelischen oder katholischen Glaubens sind . . .
2. Sender: (fiedel bumm; auf Operettenarrangements gequälte Volkslieder)
   . . . Ja weil mein Riemen fester sitzt und's Herz geschniegelt ist . . .
3. Sender: (Sprecher wie oben, darunter Husten und Scharren, stark über Hall gezogen)
   . . . ist Gott uns immer voraus. Er ist größer als unser Herz . . .
4. Sender: (gemischter Laienchor, der sämtliche Einsätze verpatzt; die Höhen werden nicht von allen Sängern erreicht; dazu mächtiges Orgelgedröhne)
   Hoch hinauf erschallet . . .
5. Sender (Laienchor wie oben; 17 Strophen)
6. Sender: (Nachrichtensprecher, sachlich)
   . . . hat die deutsche Bischofskonferenz beschlossen, daß die Thesen des katholischen Religionspädagogen Prof. Halbfas im Widerspruch zu . . .
7. Sender (Operettenschnulzen)
   Mein Liebeslied muß ein Walzer sein . . .
8. Sender: (Sprecher pathetisch)
   The living tradition of christianism . . .
9. Sender (Barockmusik, kleiner Chor)
   . . . laudate dominum . . .
10. Sender: (in der Manier der Arrangeure deutscher Rundfunkunterhaltungs-

orchester verflachte Schlager aus den fünfziger Jahren)
11. Sender: (heilig, heilig)
12. Sender: (großes Orchesterkonzert; Musik des 17. und 18. Jahrhunderts, aber nicht die anspruchsvollste)
12. Sender: (Sprecher in akademischem Falsett, jedes Wort betonend) ... die nachfolgenden Ameisen tasten die Geruchsspuren ab, bis sie sich im Stock befinden ...

Von den deutschen Rundfunkanstalten kann man in Darmstadt auf UKW den Hessischen Rundfunk, Südwestfunk, Bayrischen Rundfunk, Saarländischen Rundfunk, Westdeutschen Rundfunk, Süddeutschen Rundfunk mit je zwei Programmen empfangen, dazu noch den AFN und Radio Luxemburg. Die Programmauswahlmöglichkeiten am Sonntagvormittag sind jedoch denkbar gering. Ein großer Teil des Programmangebotes ist von frommen kirchlichen Sendungen beeinflußt: Gottesdienste, Predigten, kirchliche Nachrichten und Kommentare, Kirchenmusik. Woher nehmen die Rundfunkräte das Recht, dem Kirchenfunk soviel Zeit zu überlassen? Übrigens sind die Sendezeiten für Hörer jüdischen Glaubens sehr sparsam bemessen, Programme für Moslems und Buddhisten, aber auch für russisch oder griechisch Orthodoxe habe ich noch nie gehört. Diskriminierung?

Was an Programmzeit am Sonntagvormittag vom Kirchenfunk übbrigbleibt, verteilt sich etwa gleichmäßig auf U-(Unterhaltungs-) und E-(ernste) Musik; ein wissenschaftlicher Vortrag darf auch nicht fehlen. An den Musikprogrammen wird deutlich, daß der Sonntag ein ausgesprochen restansativer Tag ist. E-Musik am Sonntagvormittag hat mindestens 100 Jahre, besser 150 Jahre alt zu sein; sie darf aber nicht zu schwer sein. E-Musik mit Unterhaltungscharakter darf auch noch von der Jahrhundertwende stammen. Alles Neuere ist tabu. Besonders beliebt ist die 6. Symphonie (Pastorale) von Beethoven.

U-Musik darf jünger sein, sollte aber dem Charakter der Operetten der Jahrhundertwende entsprechen. So sind Operetten von Robert Stolz sonntagsgemäß, also heilig, nicht aber Musicals. Nachkriegsschlager können geduldet werden, wenn sie auf großes Unterhaltungsorchester weich arrangiert oder schon original ausgesprochene Schnulzen sind; die von Freddy beispielsweise.

Musik des neuen Mystizismus kann natürlich am Sonntag nicht gespielt werden. Wenngleich der Sonntag der Tag der Mystik ist, diese Musik ist zu intellektuell, das Sonntagsprogramm wird aber für die Dummen gemacht. Es ist ja die tumbe arbeitende Bevölkerung, die am Sonntag als einzigem Tag der Woche Radio hört.

Wer dumm ist, der soll dumm bleiben, daher muß das Sonntagsprogramm schlecht sein. Der blöde Hörer braucht ja nicht zu wissen, daß es auch besser geht.

Damit man das nicht so merkt, fügen die Rundfunkanstalten gerne Vorlesungen in das Sonntagsprogramm, die nur Intellektuelle interessieren. Da kann man sogar manches Gute hören. Ansonsten bleibt der Sonntag reaktionär.

Am Nachmittag gibt es nur noch U-Musik unter dem Niveau von Radio Luxemburg (dort werden nur Originaltitel gespielt) und die Zeit, die am Morgen vom Kirchenfunk beansprucht wurde, ist dann vom Sport belegt. Sportberichte auf jeder zweiten Welle, Sportberichte von Reportern und Redakteuren, die nicht die geringste Sprech- und Sprachausbildung haben. Und abends gibt es nicht ein Hörspiel. kf

Tagebuch eines Unmündigen

SONNTAG:

Onkel und Tante sind zu Besuch da und entrüsten sich bei Kaffee und Kuchen über die Studenten, diese Typen. So etwas zählt bei mir zu den starken „Aha"-Erlebnissen. Onkel erzählt gerne amerikanische Witze (in Vorstandssitzungen gesammelt), überhaupt spricht er gerne amerikanisch und über die Mädchen bei „Hertz". Witze erzählt auch mein anderer Onkel (auch in Vorstandssitzungen gesammelt). Einen Bauch hat er auch schon dazu aber einen Doktor. Er liest den Spiegel (ist auch sonst sehr sparsam) und freut sich, wenn sein kleiner Sohn in der Schule so ungeheuer begabt ist. Das Töchterlein ist vielleicht nicht so gescheit, aber das macht nichts, sagt er, sie ist ja ein Mädchen.

MONTAG:

Als ich 21 Jahre alt war, sagte ich, „ich bin schon 21." Was Vater aber nicht als Argument ansah. Wenn ich 70 Jahre alt sein werde, werden meine Enkel zu mir sagen, „du bist schon 70." Ist es dann ein Argument? Mit 70 Jahren werde ich den 21-jährigen auf die Finger hauen, wenn ich nicht jetzt schon Vater und Großvater auf die Finger haue. Vielleicht ist es dazu aber schon zu spät.

DIENSTAG:

Erst einen Beruf erlernen, dann Student werden? Student zu sein ist eine so unsichere Sache. Metzgers Walter aus der Nachbarschaft macht jetzt seine Banklehre. Sein Vater will das so, damit er vor dem Studium etwas Rechtes lerne.

Student als Außenseiterberuf der bürgerlichen Gesellschaft? Student als Berufsrevoluzzer? Da fallen mir noch andere Berufe ein: Sänger, Schauspieler, Maler. Manch berühmter Sänger schwört auf seine fundierte Schlosserausbildung, mit der er „Siegfrieds Schwert" schmieden und sich Rennautos halten kann. Für die Berufsrevoluzzer unter den Studenten wäre eine gesunde Berufsausbildung vor dem Studium von nicht zu unterschätzendem Vorteil: Die Aktionen hätten mehr Durchschlagskraft.

Höcherl hat Ähnliches mit seinen Bauern vor: Landwirtschaft als Außenseiterberuf einer technisierten Gesellschaft. Schickt doch lieber gleich die Studenten aufs Land (Aktion „Student aufs Land") und laßt sie dort die Schollen brechen und

den Hopfen bauen. Solch produktive Arbeit müßte die Leistungsgesellschaft wieder mit den Studenten versöhnen.

MITTWOCH:

Hilde ist auch nicht mehr das, was sie mal war. Sie fragt mich dauernd, ob ich auch etwas tue (sprich: in Vorlesungen gehen — als ob man dort etwas lernt). Man merkt, daß sie älter wird: Sie widerspricht mir nicht mehr, wenn ich auf herrschende Vorurteile schimpfe. Sie schweigt oder sagt: „Komm doch ein bißchen näher." Nicht die schlechteste Antwort, aber nicht genug. Es täuscht nicht darüber hinweg, daß wir verklemmt sind. Warum? Gerade wegen der Vorurteile, mit denen wir erzogen wurden. Wenn man nicht darüber reden kann, ist es Essig. Da ist Sabine schon besser.

DONNERSTAG:

Heute wird gut gegessen, eben weil Donnerstag ist. Ich versuche, das mit gutem Gewissen zu tun, auch wenn das Geld knapp wird. Geld verdienende Altersgenossen tun es mit besserem Gewissen, haben dann aber weniger Spaß daran. Man erwartet ja von einem Studenten, daß er immer ein schlechtes Gewissen habe, wenn er einen Pfennig ausgeben will. Den Gefallen kann ich den Spießern tun. Wenn sie aber meinen, daß ich auch sparsam randalieren soll, so täuschen sie sich. Ich möchte kein Dünnbiertrinker sein.

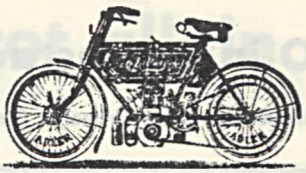
FREITAG:

Ein Studienkollege ist in die CDU eingetreten. Zum Stadtrat kann er sich schon wählen lassen. Das ist gar nicht so schwer, besonders da er meint, wir dürfen die Deutschen in Südtirol nicht vergessen. Nur schade, daß er jetzt für die Studenten verloren gegangen ist, jetzt, da die ESG schon mit der Bibel in der Hand die Rektoratstüren einschlägt. Schade, mein Studienkollege aus der CDU wird an keiner Demonstration, an keiner schönen Aktion mehr teilnehmen dürfen. Er wird reden dürfen. Auch gut. Vielleicht verdient er was dabei.

SAMSTAG:

Habe gar nicht gewußt, daß ich noch so unmündig bin. Aber da sagt heute im Gasthaus so ein Mensch, ich sei wirklich gar nicht wie ein Student, nein so freundlich! Er war ganz gerührt. Meine Stockwerksnachbarin ist immer scheißfreundlich, wenn sie mich sieht. Sie schimpft dann auf den Nachbarn im unteren Stockwerk: „Vor dreißig Jahren ist er mir nachgestiegen, dieses Schwein." Es fehlt mir nur noch die mütterliche Freundin, die mir gütig über das Haar streicht und mich fragt, ob sie nicht zum Rektor gehen soll, „damit die Buben sich einmal richtig im Rektorat austoben können. Das wird ihnen gut tun." riri

Adler-Motorräder



sind die vollkommensten der Gegenwart! (9015a

Probefahrten auf Wunsch!

Müller & Ober,

Karlstr. 30. — Teleph. 651.

Beerdigungs-Geschäft

W. Fischer

Elisabethenstr. 62.

Gelegenheitskauf.

Ein noch neues Fahrrad, ein Gehrockanzug und ein Ueberzieher zu verkaufen. Näheres Exped. (*10456

Muster (9327M

EXCLUSIV

TOBACCO

kostenlos probieren!

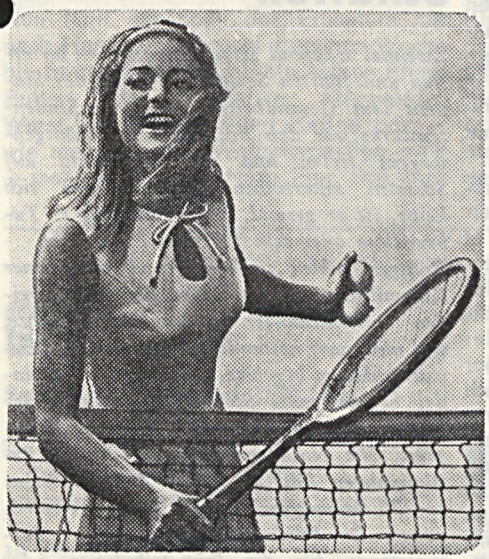
„Kleine Tabakbar" mit sechs Pfeifenfüllungen kommt gratis zu Ihnen.

Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV

TOBACCO

83 Landshut, Postfach 568 b



Das Leben meistern

Jung sein, Schwung haben - auch in Gelddingen mit der Zeit gehen: Nutzen Sie einfach unsere Dienste.

Sparkasse Darmstadt Geschäftsstellen in Stadt und Land

Häuslich erz. deutsch. Mädchen

musikalisch, vereinsamt, möchte nach der alten Heimat heiraten. Dieselbe ist 22 Jahre alt, hat 225 000 Mk. Barvermögen. Diskretion garant., Anonym zwecklos. (*9876

Cecé W. in Southend-on-Sea, Eastwick Road 8, England.

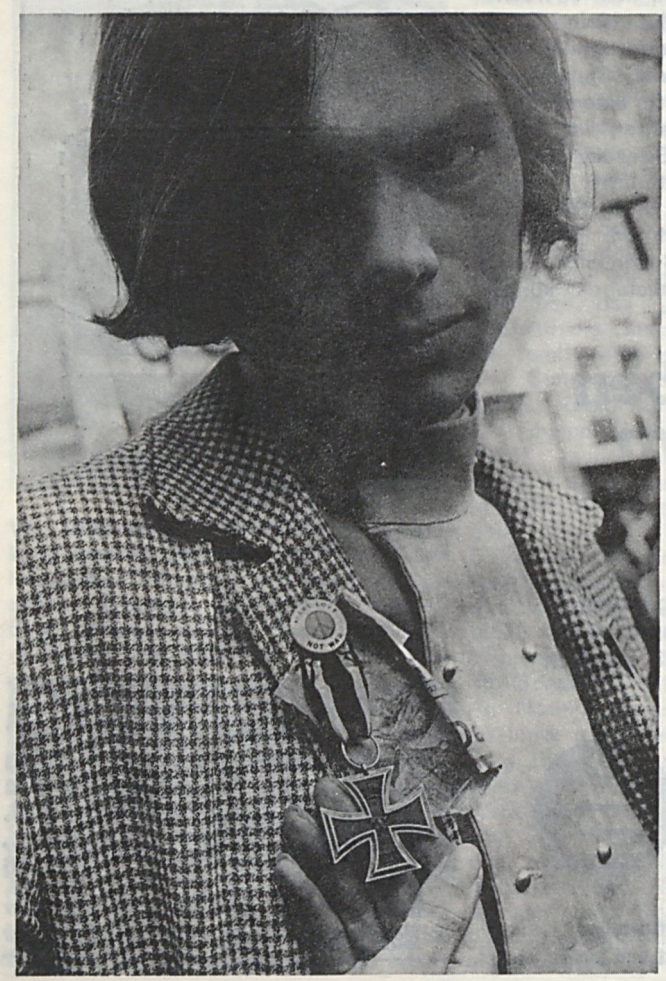
APO in Darmstadt oder Kindergarten für Große?

Republikanischer Club Erbacher Straße 5

Als Treffpunkt von Gammlern, Rockern und SDS-lern verschrien sind die über 40 Republikanischen Clubs in allen größeren Städten der Bundesrepublik, das Sammelbecken der APO. Seit August letzten Jahres gibt es das auch in Darmstadt. Der Darmstädter RC ist — laut Satzung — nicht einfach irgendeine Wirtschaft, wo man ab und zu ein sozialistisches Bier trinken kann. Er hat bestimmte politische Vorstellungen und feste Ziele: „Der RC macht es sich zur Aufgabe, für die Verwirklichung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft namentlich in der BRD einzutreten. Die in ihm vereinigten Mitglieder wollen sich durch Information, Reflexion und Aktion um die Befreiung des Menschen von Manipulation und Unterdrückung bemühen. Der Club konstituiert sich als Diskussionsforum und Aktionszentrum. Er versteht sich als Teil der politischen Linken und damit heutzutage zur Apo gehörig."

Was hat der RC gemacht, um seine Vorstellungen zu verwirklichen? Er hat sich ein Clubhaus gemietet mit mehreren großen Versammlungsräumen. Wichtige Organisationen haben sich dort etabliert, zum Beispiel ASSK (Arbeiter-, Schüler-, und Studentendiskussionskreis) und USSB (Unabhängiger sozialistischer Schülerbund). Der USSB vertritt die sozialistische Idee an den Schulen. Er ist der Meinung, daß ihre grundlegenden Probleme durch die Gesellschaftsstruktur bedingt sind. Daraus leitet er seine Haltung zu Lehrern, Eltern und Staat ab.

Wohl für die augenblickliche Situation am wichtigsten ist der ASSK. Hier wird Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit geleistet. In großen Darmstädter Firmen sind Gruppen eingerichtet worden, die für die Rechte der Arbeitnehmer eintreten und alle Ereignisse registrieren.



Die Kritische Technik ist die produktivste Basisgruppe im RC. Sie will herausfinden, welche Rolle die Technik in unserem Wirtschaftsystem spielt und welchen Einfluß die Wirtschaft auf die Ausbildung der Techniker nimmt. Die Ergebnisse werden mit denen aus anderen Ländern verglichen und in der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Bilden diese Gruppen tatsächlich den RC, wie er sich in der Satzung versteht? Die Schüler kamen zwar ständig in ihrem Keller zusammen. Aber auf die Idee, sich mit ihnen zusammenzusetzen und bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen, kam kaum jemand. So verkümmerten die USSB-Arbeitskreise.

Andere Gruppen wie die Kritische Technik und der ASSK konnten mit ihren speziellen Problemen vorwärts kommen. Sie versäumten es aber, die Ergebnisse der Arbeit mit anderen RC-Mitgliedern durchzudiskutieren.

Fazit: Der Klub ist keine Einheit, kein Diskussionsforum und schon gar kein Aktionszentrum. Viele Klubmitglieder sehen in ihm einen Ersatz für „zu Hause", wo sie sich endlich so geben dürfen, wie sie wollen. Der antiautoritäre Kindergarten für Große war eben doch leichter einzurichten als der für Kleinkinder. dl

Ein Fuhrknecht
zu einem Pferd für dauernd gesucht.
Waldstraße 35. (11040

bei M. W. Prassel, Rheinstr. 16.
1 Pferd
(Isabelle) 1,62 Meter groß, 12 Jahre alt, 1 und 2spännig gefahren, durchaus militärfromm, unter Dame gegangen, zu verkaufen. (B11048
Anfragen Hermannstraße 7 (Stall).

Vorzügliche, tiefschwarze
Sohul Minto

Schatten

Zweimal während seines Studium — im ersten und fünften Semester — muß der Student laut Gesundheitsordnung des Studentenwerks vor den Bildschirm des Röntgenwagens treten und sein Schirmbild auf Schatten untersuchen lassen; finden sich keine, ist er gesund, andernfalls hat er Tuberkulose oder sein Leibchen Bleiknöpfe. Röntgenstrahlen sind ungesund, mag jener Kommilitone gedacht haben, der sich an beiden Untersuchungen vorbeigemogelt hatte, und nun, nach bestandenem Examen, die Exmatrikulation begehrte. Da kam der Schwindel heraus, zwei Stempel im Studienbuch fehlten. Das Studentenwerk fühlte sich düpiert. Mit Nachdruck wies es auf die Bestimmungen hin, die diese Untersuchungen zur Pflicht machen. § 5 der Gesundheitsordnung: „Die Pflichtuntersuchung ist ... Voraussetzung für die Immatrikulation oder Rückmeldung." Ohne Rückmeldung wird man exmatrikuliert! „Eben das war mein Wille", sprach bescheiden der Student.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Existenzminimum

Wer nach Darmstadt zieht, um hier zu studieren, muß damit rechnen, daß dies teurer sein kann als der Kauf einer Monatskarte der Bundesbahn und Wohnen bei den Eltern. Die monatliche Miete in den Studentenwohnheimen beträgt zwischen 45 DM und 80 DM, je nachdem in welchem Heim man wohnt und ob man sein Zimmer mit einem Kommilitonen teilt oder nicht. Das Wohnen in Untermiete ist in den Vororten billiger als in Darmstadt selbst, man muß mit 60 DM bis 130 DM im Monat rechnen.

Um geistig rege zu bleiben, muß man dem Körper Nahrung zuführen. Das kann zum Beispiel in der Mensa geschehen. Nimmt man dort von Montag bis Freitag täglich zwei Mahlzeiten ein, so kostet dies im Monat rund 52 DM. Samstags und sonntags kann man je nach Lust und Entfernung nach Hause fahren und sich dort von Studium und Mensaessen erholen. Man kann aber auch – und dies ist wohl billiger – zum Mittagessen in ein Restaurant gehen, das sind im Monat etwa 40 DM, die den Besitzer wechseln, das Essen zu 5 DM gerechnet.

Noch billiger ist jedoch die einmalige Anschaffung von Kochgeschirr, die auf die Dauer gesehen kaum ins Gewicht fällt. Dann kocht man selbst und kann immer das essen, wonach man gerade Lust hat. Dann gibt man im Monat etwa 25 DM für das Mittagessen am Wochenende aus.

Nun fehlt nur noch das Frühstück. Je nach Hunger verbraucht man pro Woche bis zu zwei Pfund Brot, ein halbes Pfund Butter oder Margarine, Marmelade, Wurst, ein viertel Pfund Kaffee und – wie man aus dem Werbefernsehen weiß – mehrere weichgekochte Eier. Das Brot zu 1,35 DM, die Margarine zu 0,80 DM und sieben Eier zu 1,40 DM (im Jahresdurchschnitt 0,20 DM pro Ei Klasse C). Je nach Wurstart und -verbrauch kann man mit 5 DM pro Woche rechnen. Ein halbes Pfund Kaffee kostet 4 DM, die Marmelade stammt aus Mutters Beständen und kostet somit fast nichts. So kommt man im Monat auf rund 44 DM.

Nachschlagewerke und andere Literatur, die man zum Studium benötigt, kann man sich in den Institutsbibliotheken oder in der Landes- und Hochschulbibliothek kostenlos ausleihen. Oft sind aber gerade die dringend benötigten Bücher ausgeliehen. Man muß sie kaufen. 20 DM im Monat sind angemessen.

Kleidung ist unbedingt nötig, denn wer nackt in der Vorlesung auftaucht, erregt öffentliches Ärgernis. Nun sind aber Kleider eine Anschaffung auf Dauer und es ist wohl nicht zuviel, wenn man 40 DM pro Monat für Kleidung und Reinigung derselben ausgibt.

Was macht der Student in seiner Freizeit? Nun, er kann seinen Bart wachsen lassen (kostenlos), und er kann demonstrieren (nicht immer kostenlos). Er kann sich aber auch kulturell weiterbilden, indem er ins Theater oder ins Kino geht. Für dies und weitere private Ausgaben sei ihm ein Taschengeld von 60 DM im Monat gegönnt. Die Beiträge für Studentenwerk und AStA betragen auf Semesterdauer verteilt, rund 13 DM, eventuelle Prüfungsgebühren 2 DM pro Monat.

Studenten, deren Eltern nicht in Hessen wohnen, müssen Studiengeld zahlen, rund 30 DM im Monat.

Die Verbindung zur Familie soll nicht abreißen. Mindestens zweimal im Semester nach Hause zu fahren, ist wohl angebracht. 15 DM im Monat für Pflege familiärer Beziehungen kommen so schnell zusammen. Insgesamt ergibt sich so ein Betrag von 441 DM, der im Monat erforderlich ist, um ein Studium ohne finanzielle Sorgen durchführen zu können. bü

CITY

Spielzeiten: 18.45 und 21.00 Uhr

7. Februar
Petulia mit Julie Christie, Regisseur Richard Lester

14. Februar
Mein Körper für ein Pokerspiel
eine Westernpersiflage mit Elsa Martinelli

21. Februar
Bengelchen liebt kreuz und quer
Bengelchen hat's wirklich schwer
mit Harald Leipnitz

BELIDA

Spielzeiten: 18.15 und 20.30 Uhr

7. Februar
Engelchen oder die Jungfrau von Bamberg

14. Februar
Leitfaden für Seitensprünge

19. Februar
Das Tagebuch einer Kammerzofe
mit Jeanne Moreau

21. Februar
Bengelchen liebt kreuz und quer
Bengelchen hat's wirklich schwer

betr.: pol. Mandat

4. Beilage zum Darmstädter

№ 135. Samstag, den 11. Juni.

Aufruf!

Am Tag der Sonnenwende, am 21. Juni 1904, wird die Darmstädter Studentenschaft den

Grundstein legen zu der lange geplanten Bismarcksäule.

Folgend dem Beispiel der meisten anderen Hochschulen des Deutschen Reiches, will sie die Pflicht der Dankbarkeit abtragen gegen unseren Nationalhelden, den gewaltigen Kanzler, dessen Name in jedes Studenten Brust eine Fülle von Gefühlen, feurige Verehrung und glutvolle, dankbare Begeisterung erweckt. Einen Denkstein wollen wir errichten auf einsamer, trotziger Höhe, mitten im schweigsamen Walde, einfach und schlicht, aber wuchtig, aus gewaltigen Quadern gefügt, wie für die Ewigkeit gebaut, trutzig zum Himmel ragend in Sonnenschein wie Wettersturm. Vom stillen **Dommerberge** sollen alljährlich die Flammen leuchten weit hinein ins Deutsche Land. In die stillen Waldtäler des Odenwaldes soll der Schein dringen und die Begeisterung der Darmstädter Studenten hineintragen; den Anwohnern des Rheins soll er das Höchste und Edelste künden, das in uns wohnt: heiße, innige Vaterlandsliebe, deutsche Treue bis zum Tode!

Um nun die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf ihre Bestrebungen zu richten, beabsichtigt die Darmstädter Studentenschaft, in Verbindung mit der Grundsteinlegung am **Montag, den 20. Juni** einen

Fackelzug

und am Dienstag, den 21. Juni und Mittwoch, den 22. Juni, jedesmal nachmittags von 4 Uhr bis gegen 12 Uhr, ein

Grosses Waldfest

am Oberwaldhaus bei Darmstadt

zu veranstalten.

Zu regster Beteiligung an diesem Feste ladet unterfertigstes Komitee und der Bismarckausschuß ergebenst ein; die Darmstädter Studentenschaft weiß, wie viele Herzen der akademischen Jugend entgegenschlagen und vertraut, daß ihr Ruf nicht ungehört verhallen wird. So richten wir denn an alle, die mit den Bestrebungen der Darmstädter Studentenschaft übereinstimmen, die herzliche Bitte, ihr Interesse durch zahlreichen Besuch des Waldfestes zum Ausdruck zu bringen.

Frau Prof. Dr. Dingeldey.
Professor Dr. Dingeldey,
Rektor der Technischen Hochschule.
Geheimerat Prof. Dr. Kittler.
Geh. Hofrat Prof. Dr. Henneberg.
Professor Pützer.

Frau Geh. Baurat Pfarr.
Geh. Baurat Pfarr.
Geh. Baurat Prof. Landsberg.
Prof. Dr. Schenck.
Geh. Baurat Prof. Gutermuth.

Der Bismarckausschuss
der
Darmstädter Studentenschaft
Carl Steinbrecher, cand. ing.
I. Vorsitzender.

Eintrittspreise zu Mk. 1,50 für Dienstag, den 21. und Mk. 1,— für Mittwoch, den 22. Juni sind zu haben: **Im Vorverkauf** im Papierhaus **Elbert**, in der Buchhandlung des Herrn **Bergsträsser**, in dem Zigarrengeschäft des **Herrn Pfeil**, Elisabethenstraße, sowie für den Tagesbedarf an der Kasse. (10929sms

tratsch

Kapitalistischer Käse

Mit Sätzen wie „Wir leben nun mal in der kapitalistischen Hälfte von der Welt“ und „Wenn Sie in die Wirtschaft gehen und ein Käsebrot essen, dann zahlen Sie auch eine Mark fünfzig dafür“ versuchte Prof. Oppelt (ET) seine Forderung zu rechtfertigen, die Studenten für Repetitorien kräftig zahlen zu lassen. Ganz offen gab er zu, daß beispielsweise die 45 DM „Eintrittsgeld“ für das Regelungstechnik-Repetitorium in keinem Zusammenhang mit den tatsächlichen Unkosten stünden. „Es ist eine Tatsache: Wenn man nichts verlangt, kommt keiner.“ Und diejenigen, die gerne kämen, aber die 45 DM nicht aufbringen könnten? „Sie brauchen ja nicht das Repetitorium zu besuchen. Wenn Sie immer in der Vorlesung waren und die Übungen gerechnet haben, geht es auch so.“

Vergeblich versuchte Dekan Hosemann („Herr Kollege, da bin ich ganz anderer Meinung!“), seinen Kollegen zu bremsen. „Dann frage ich eben meine Studenten, ob sie ein Repetitorium wollen oder keins!“ Und auf den Hinweis, daß dies wohl nicht die richtige Alternative sei: „Dann lasse ich es eben ganz bleiben. Ich habe gedacht, ich tue den Studenten damit einen Gefallen, aber bitte, Sie wollen es ja nicht so, lassen wir es eben bleiben!“

Beleidigt

Eingestellt wurde das Ermittlungsverfahren gegen die darmstädter studentenzeitung „wegen Beleidigung von Mitgliedern der Bundesregierung und des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ..., weil die zur Strafverfolgung erforderlichen Strafanträge nicht gestellt worden sind.“ Auf der Rückseite der Nummer 94 hatte die darmstädter studentenzeitung Zitate von Demonstrationen und Protestkundgebungen anläßlich der Verabschiedung der NS-Gesetze abgedruckt. Mehrere Darmstädter Bürger, mit einem empfindsamen Ehrgefühl ausgerüstet, setzten daraufhin ein vorsorgliches Ermittlungsverfahren in Gang. Die vermeintlich Beleidigten verzichteten allerdings darauf, sich lächerlich zu machen, und stellten keinen Strafantrag.

Man wird also auch in Zukunft wahrheitsgemäß berichten dürfen, Demonstranten hätten gerufen: „Kiesinger der Gauner ist ein alter Brauner!“, ohne eine Geld- oder Gefängnisstrafe riskieren zu müssen. Und man wird in Zukunft auch behaupten können, ohne den Wahrheitsbeweis schuldig zu bleiben, daß für die Darmstädter Staatsanwaltschaft vor dem Gesetz nicht alle Bürger gleich sind. Je nach Besitz oder Stellung ist ihr der Einzelne mehr oder minder schutzwürdig.

Keinem Staatsanwalt wird es einfallen zu ermitteln, wenn ihm Herr Meier mitteilt, Herr Müller habe Herrn Schulze beleidigt. Soll der Beleidigte doch selbst kommen — wenn er überhaupt beleidigt ist. Schließlich steht nicht umsonst in § 194 StGB: „Die Verfolgung einer Beleidigung tritt nur auf Antrag ein.“ Wenn aber Herr Meier anzuzeigen weiß, Herr Müller habe Herrn Kiesinger beleidigt, dann setzt sich die Ermittlungsmaschinerie des Landgerichts in Bewegung, werden Akten angelegt, Verdächtige und Unverdächtige vernommen, Protokolle verfaßt und die Ermittlungsergebnisse an Herrn Kiesinger weitergeleitet mit der Frage, ob er, bitteschön, Anzeige erstatten wolle. Wahrscheinlich hat Herr Waldschmidt, Erster Staatsanwalt bei dem Landgericht Darmstadt, eine schlaflose Nacht vollbracht, als Herr Kiesinger voller Vatergüte auf eine Anzeige verzichtete. Denn wenn der Glaube an die Obrigkeit ins Wanken gerät — was bleibt einem Staatsanwalt dann noch als Richtschnur bei seiner Arbeit?

Auslese

Als „erstunken und erlogen“, als „eine Verleumdung“, die geeignet sei, seinen Ruf über die Grenzen der Hochschule hinaus zu schädigen, bezeichnete Prof. Hafner (Fakultät Chemie) die Tratschgeschichte in dds Nr. 96. „So etwas Blödsinniges wie psychologische Tests“ als numerus-clausus-Kriterium habe er nie vorgeschlagen: „Wir alle hier sind uns bewußt, daß es kein gerechtes Auswahlkriterium gibt.“ In diese Einmütigkeit lasse er von außen keinen Keil treiben. Er erwarte deshalb eine Richtigstellung. Den Vorschlag, selber die Richtigstellung zu schreiben, wie das Pressegesetz es vorsieht, lehnte er allerdings ab: Er habe Wichtigeres zu tun.

Auch die darmstädter studentenzeitung hat Wichtigeres zu tun, als richtige Meldungen zu berichtigen (auf die Gefahr hin, daß Prof. Hafner weiter in Unkenntnis der Rechtslage mit gerichtlichen Schritten droht). Sie schließt deshalb hier eine weitere Meldung an, die dem Außenstehenden bei der Klärung der Frage, wer erstinke und erlüge, weiterhelfen dürfte: In der Zulassungskommission der Fakultät Chemie machte sich Prof. Hafner anheischig, aus der Menge der Studienplatzbewerber die geeigneten auszulesen — in persönlichen Gesprächen. Ein Meisterstück: die Eignung eines Bewerbers für das Chemiestudium anhand seiner Persönlichkeit festzustellen. Ein Meisterstück: die Persönlichkeit eines Bewerbers ohne so etwas Blödsinniges wie psychologische Kriterien festzustellen. Prof. Hafner bringt beides fertig.

Vorsorge

Kurz vor der Senatssitzung am 13. 1. interessierte sich der Rektor der TH ganz überraschend für die Autonummern der Dekane, um in weiser Voraussicht einen Marburger Präzedenzfall zu vermeiden. Dort hatten sich im vergangenen Jahr nach einem Senats-Go-in die professoralen Senatsmitglieder aufgemacht, um mit ihren Privatwagen in ein entferntes Quartier auszuweichen und daselbst unter Polizeischutz fortzusitzen.

Da sie jedoch innerhalb einer studentischen Begleitkolonne fuhren, und weil die bestellte Polizei ohne Ansehen der Person pflichtgemäß jedes verdächtige Revolutionsauto behelligte, kamen auch Professoren in den Genuß polizeilicher Maßnahmen. Es war sehr fatal.

Der Dumme lernt aus eigenen Fehlern, der Kluge aus den Fehlern anderer. Also geschah es, daß vor der Senatssitzung in Darmstadt ein Ausweichquartier benannt wurde, in dem, weil es nicht auf Hochschulgelände liegt, man nach einem Go-in unter Polizeiaufsicht weiter beratschlagen könnte.

Brader: „Ich werde nie Polizei in die Hochschule rufen, aber wenn es der Innenminister tut ... (Schulterzucken).“

Die Autonummern der Dekane wurden der Polizei benannt.

An dem betreffenden Ort, dem Institut von Prorektor Rohmert, im Möbel-Mann-Haus, Neckarstraße, hat sich dann zum fraglichen Zeitpunkt auffällig viel Polizei — geschulte Straßenkämpfer — als Schutztruppe 2. Art aufgehalten. Sie fuhr aber später unverrichteter Dinge wieder nach Hause, weil im Hauptgebäude gedungene Gruppen von gutwilligen Assistenten und Studenten mit passiver Gewalt und Demokratie (Schutztruppe 1. Art) zu verhindern verstanden, daß die Sitzung platzte.

Inzwischen, nach den kläglichen Ergebnissen der Sitzung, bereuen viele von ihnen ihre Ordnungsfunktion, und außerdem konnten sie auch nicht wissen, daß der Rektor in weiser Voraussicht noch einen versteckten Trumpf im Ärmel hatte: Die Sitzung hätte auch nach einem Go-in gar nicht platzen können.

Leserbriefe

Ein Mitarbeiter hat mir die „darmstädter studentenzeitung“ gezeigt, in der in der Rubrik „Einem on dit zufolge“ u. a. vermerkt ist, ich habe meine Unterschrift unter das Marburger Manifest vor einem Fachschaftsvertreter damit begründet, daß ich auf diese Weise nicht mehr Rektor werden könne. Obwohl die Feststellung in dieser Form falsch ist, hätte dies mich noch nicht zu einer Richtigstellung veranlaßt, wenn ich nicht beim Überfliegen der übrigen Meldungen auf dieser Seite eine Häufung von schiefen und falschen Angaben gefunden hätte, die mir bedenklich erscheint. Ich darf sie deshalb hier anführen:

1. Ich habe in einem persönlichen Gespräch mit Herrn Fischer, damals Fachschaftsvertreter Chemie, meine von ihm bedauerte Unterschrift unter das Marburger Manifest damit begründet, daß ich in den wesentlichen Punkten (Betonung des Leistungsprinzips an der Universität) mit diesem übereinstimme. Ich habe weiter hinzugefügt, daß mir die Unterschrift auch deswegen leicht gefallen ist, weil das Manifest an der THD wohl mit Absicht so spät verteilt wurde, daß an sich der Unterzeichnungstermin schon überschritten war. (Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätten mit Sicherheit viel mehr Kollegen unterschrieben.) Schließlich habe ich mit Behagen darauf hingewiesen, daß Leute, die dieses Manifest unterschrieben hätten, unter den derzeitigen Umständen wohl mit Sicherheit vom Amt eines Rektors verschont blieben. Dies als *Grund* meiner Unterschrift anzusehen, bestand schon insofern keine Veranlassung, weil wohl noch niemand auf die ausgefallene Idee gekommen ist, mich zum Rektor zu wählen.

2. Das Fehlen der Anlagen bei der Beratung des Antrages im Senat, ein Informatikstudium einzuführen, war zweifellos eine Panne, die von den Verantwortlichen bedauert wurde. Tatsache ist aber, daß sie keinem der Senatsmitglieder zugeschickt worden waren, während Sie behaupten, nur die Studenten seien — versehentlich — übersehen worden.

3. In einer weiteren Anmerkung bezeichnen Sie Herrn Prof. Hafner als Ex-Spektabilität. Nun ist Herr Hafner zwar ein überaus tüchtiger Kollege (der sich auch jedem beliebigen Psychologietest unterziehen könnte), doch war er noch nicht Dekan.

Ich kann nicht beurteilen, ob Ihre übrigen Meldungen auf dieser Seite ebenso stichhaltig sind, und habe mir nach diesen Erfahrungen erspart, das übrige Blatt zu lesen. Glauben Sie nicht auch, daß diese Art der Berichterstattung derjenigen eines Massenblattes sehr ähnlich ist, das es auch mit der Wahrheit nicht genau nimmt, wenn ihm die Dinge in den Kram passen?

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. H. Ziegler
(Dekan der Fakultät für Chemie, Biologie, Geologie und Mineralogie)

Nein.

Zu 1.: Ihrer Argumentation Sie hätten unterschrieben, weil Sie inhaltlich mit dem Marburger Manifest übereinstimmten, und w e i l es „an sich“ zu spät zum Unterschreiben war, vermögen wir nicht zu folgen. War es zu spät oder war es nicht? Und wenn es zu spät war, warum haben Sie dann unterschrieben: in einer Trotzreaktion auf die verpaßte Gelegenheit oder weil Sie wußten, daß die Unterschrift ohnehin sinnlos war? Und wenn Sie sie für sinnlos hielten, warum behaupten Sie dann, Sie hätten damit Ihre Übereinstimmung mit dem Inhalt bekunden wollen? Und andernfalls: lassen Sie sich öfters bei Ihren Entscheidungen von Trotzreaktionen leiten?

Wir halten uns, glauben wir, besser an Ihren Hinweis, „daß Leute, die . . . unterschrieben hätten, . . . vom Amt eines Rektors verschont blieben.“ Sie bestätigen damit das von uns abgedruckte Gerücht („on-dit“) — wenn nicht „in dieser Form“, so doch mit diesem Inhalt.

Den Äußerungen über Ihre Qualifikationen zum Rektoramt können wir nicht widersprechen. Uns hat es auch ein bißchen gewundert, daß man Sie zum Dekan gewählt hat.

Zu 2.: Hätten Sie die Meldungen nicht „überflogen“, sondern wirklich gelesen, dann wäre Ihnen aufgefallen, daß wir nirgends behaupteten, „ n u r die Studenten seien — versehentlich — übersehen worden“. Wir haben festgestellt, daß man den studentischen Senatsmitgliedern die eigentliche Beratungsgrundlage nicht zugeschickt hatte. Dieser Feststellung widersprechen Sie nicht. Wenn Sie sie durch die zweite ergänzen, daß auch der Rest des Senates nicht wußte, worüber er beriet, so geben wir diese Information gerne weiter. Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit unserer Berichterstattung lassen sich daraus kaum ziehen; wohl aber werden Zweifel an den sog. sachlich fundierten Entscheidungen des Senats aufkommen.

Zu 3.: Stimmt. Durch eine Schlamperei wurde beim Korrekturlesen Prof. Hafners „Amtswürde“ nicht kontrolliert. (Prof. Hafners Tüchtigkeit finden Sie übrigens in einer Tratschgeschichte dieses Heftes bestätigt.)

Bleibt von der „Häufung von schiefen und falschen Angaben“ als Faktum übrig: einen Professor mit einer pompösen Anrede versehen zu haben, die er noch nicht verdient hat.

Glauben Sie wirklich, Spektabilität, daß dies typisch für eine Berichterstattung à la Bild ist?

Die Redaktion

Betrifft: do it yourself

Sehr geehrte Herren!

Die Behauptung in Ihrem Tratsch vom Dezember, ich habe die Hörsaaltüren abschließen lassen, finde ich beleidigend. Ich habe die Türen selbst abgesperrt.

Dank der Unterstützung durch meine Hörer bin ich bisher mit Rollkommandos und mit mit Leuten, die trotz wiederholter Einladung vor dem Hörsaal stehen bleiben, um später einzeln hereinkommen zu können, noch immer ohne weisungsgebundene Helfer fertig geworden.

Vielleicht berichtigen Sie im Sinne der ersten drei Zeilen dieses Briefes Ihren Tratsch durch einen Nachtratsch.

Mit freundlichem Gruß
Otto Scherzer

sport an der th

Hallenhandball

Die Hallenhandballmannschaft der TH Darmstadt, die sich beim Zwischenrundenturnier I für die Vorschlußrunde um die Deutsche Hochschulmeisterschaft qualifiziert hatte, spielte in Köln um den Eintritt in die Endrunde. In der Vorrunde gab es Siege, mit 14:5 gegen Mannheim, 21:13 gegen Saarbrücken und 25:13 gegen Frankfurt. In der ersten Zwischenrunde in Darmstadt gab es zwar eine 8:11 Niederlage gegen Aachen, aber durch ein 13:8 gegen Bochum und ein 20:9 Sieg gegen Mannheim konnte doch noch die Vorschlußrunde erreicht werden. Hier hatten die Darmstädter im entscheidenden Spiel viel Pech und unterlagen der gastgebenden Uni Köln mit 10:12. Gegen die Uni Erlangen-Nürnberg gab es eine 12:20 Niederlage, dafür wurde aber gegen die Uni Aachen, die das Turnier gewann, mit 13:8 gesiegt.

Basketball

Auch in diesem Jahr konnten die Basketballer der TH Darmstadt nicht in den Kampf um einen der ersten beiden Plätze in der Vorrunde zur Deutschen Hochschulmeisterschaft eingreifen. Sie konnten nicht ein Spiel gewinnen, gegen Heidelberg verloren sie 47:67, gegen Frankfurt 59:73 und gegen Mainz 54:72.

Volleyball

In dem von der TH Darmstadt ausgerichteten Volleyballturnier der Vorrunde zur Deutschen Hochschulmeisterschaft wußte die Mannschaft der TH Darmstadt völlig zu überzeugen. Vor der Uni Saarbrücken belegte sie den ersten Platz und nimmt jetzt an der Zwischenrunde teil. In ihrem ersten Spiel kamen die Darmstädter zu einem nie gefährdeten 3:0-Erfolg gegen die Uni Mainz. Genauso leicht fiel der Sieg gegen die Uni Gießen. Die schweren Gegner kamen zum Schluß. Gegen Marburg gab es einen 3:1-Sieg. Im spannendsten Spiel des Tages, das auch über den Turniersieg entschied, schlugen die Studenten der TH Darmstadt die Uni Saarbrücken mit 3:2.

Fußball

In diesem Jahr konnten sich die Fußballer der TH Darmstadt durch einige Neuzugänge erheblich verstärken. Jetzt, nachdem die Vorrunde zur Deutschen Hochschulmeisterschaft abgeschlossen ist, kann man das schon sagen, obwohl sich die Mannschaft noch nicht ganz sicher für die Zwischenrunde qualifiziert hat. Zwar führt unsere Mannschaft mit 8:2 Punkten die Tabelle an, aber die Uni Mannheim, bei der die THD-Mannschaft im letzten Spiel noch antreten muß, und die Uni Freiburg machen sich mit je 6:4 Punkten beide noch Hoffnungen auf einen der beiden ersten Plätze, die zur Teilnahme an der Zwischenrunde berechtigen. Für die THD-Mannschaft hatte es gar nicht gut angefangen, denn gleich im ersten Spiel bei der Uni Freiburg gab es mit 1:2 (1:1) eine Niederlage. Klaus Hahn hatte die TH Darmstadt mit 1:0 in Führung gebracht, aber auf eigenem Platz waren die Freiburger doch stärker und kamen so zu einem 2:1 Sieg. Aber unsere Mannschaft hatte sich schnell gefangen und im zweiten Spiel gab es einen klaren 3:0 Sieg. Auch im nächsten Spiel konnte die TH Darmstadt an die vorher gezeigte Form anknüpfen und kam gegen die Uni Frankfurt zu einem sicheren 3:0 Erfolg. Im fünften Spiel der Vorrunde gab es einen 2:0 Erfolg beim amtierenden Deutschen Hochschulmeister, der Uni Saarbrücken, ein Erfolg, an den vorher niemand geglaubt hatte. Im bisher letzten Spiel kam unsere Mannschaft trotz klarer Überlegenheit nur zu einem mageren 3:2 Erfolg über die Uni Mainz. Bleibt nur zu hoffen, daß im letzten Spiel noch ein Unentschieden erreicht wird, mit dem für die TH Darmstadt die Zwischenrunde erreicht wäre.

Tischtennis

Die Zwischenrunde schon erreicht hat die Tischtennismannschaft der TH Darmstadt, obwohl auch hier noch das letzte Spiel gegen die Uni Mannheim aussteht. Falls hier, wie allgemein erwartet wird, ein Sieg gelingt, müssen die THD-Studenten gegen die Uni Heidelberg zu einem Entscheidungsspiel antreten, das dann über den ersten und zweiten Tabellenplatz entscheidet, denn nur gegen Heidelberg gaben die Darmstädter bisher beim 8:8 Unentschieden einen Punkt ab. Gegen Freiburg gab es einen klaren 9:3 Erfolg und auch gegen die Uni Mainz wurde mit dem gleichen Ergebnis gesiegt.

Reiten

Mit einem sehr schönen Erfolg kehrten die Reiter der TH Darmstadt aus Mainz zurück. Beim Ausscheidungsturnier zur Deutschen Meisterschaft belegten sie mit ihrer Mannschaft den ersten Platz. Nur hauchdünn konnte die Vertretung der veranstaltenden Uni Mainz, die auf 102 Punkte kam, geschlagen werden. Dritter wurde die Uni München. Durch diesen Sieg haben sich die Darmstädter Reiter für die Deutschen Meisterschaften qualifiziert.

Karl-Heinz Klöpfer

Wenn's um Sport geht,
immer zuerst zu . . . .

sport hübner

Darmstadt · Ernst-Ludwig-Straße 11 · Ruf 70194

neue bücher

Hans Peter Bleuel
Deutschlands Bekenner
Scherz-Verlag, München 1968
256 S., Leinen, DM 19,80

Das Buch ist mit einem Wust von Zitaten ausgestattet, über die man an allen Ecken und Enden stolpert. Es handelt sich um eine historische Schilderung der Rolle der Professoren in Deutschland. Zeitlicher Beginn ist der Anfang des letzten Jahrhunderts und Ende — siehe da — der Nationalsozialismus. Gegenwartsbezogene Stellungnahmen meidet der Autor.
Man könnte ihm unterstellen, dieselbe politische Impotenz wie die Zielscheiben seiner Kritik zur Schau zu tragen. Dazu ist allerdings die Tendenz des Buches zu klar: Die Entpolitisierung des Wissenschaftsbegriffes hatte nicht eine Neutralität der Professorenschaft zur Folge, sondern schaffte die Voraussetzung zu weltanschaulicher Ignoranz.
Das erklärt die bedingungslose Ergebenheit im Kaiserreich und die unversöhnlich reaktionäre Haltung in der Weimarer Republik, erklärt die Ablehnung marxistischer Ideen und die unreflektierte Zustimmung zur nationalsozialistischen Diktatur. Auf die Gegenwart angewendet heißt das: Unnachgiebige Haltung vieler Professoren gegen Demokratisierungsbestrebungen an den Hochschulen, z.B. gegen Öffentlichkeit und Drittelparität. Insofern ist es ganz heilsam, das Buch zu lesen: Es beseitigt die romantische Illusion, daß sich „alles von selbst regeln werde" oder daß „alles nur ein Mißverständnis sei".
dh

Wer lehrt an deutschen Universitäten?
Hrsg. v. Karlheinz Deschner,
Limes-Verlag, Wiesbaden 1968,
243 S., DM 8,50

Viele aus einem Zusammenhang gerissene Zitate charakterisieren eben diesen Zusammenhang.
Helmut Thielicke, Golo Mann, Fritz Fischer, Benno v. Wiese, Alexander Mitscherlich, Walter Jens — 6 Professoren, deren Leistungen von verschiedenen Autoren ohne Ehrfurcht durchleuchtet und analysiert, bei den Lesern verklagt werden. Und — das sei vorweg genommen — nur zwei von ihnen kommen ungeschoren davon.
Golo Manns Schreib- und Denkkünste (Büchner-Preis 1968) werden ebenso offenbar wie das wichtige Literatentum des Walter Jens. Den Schlüssel zu den verschiedenen Beurteilungen gibt die „Methode Deschner" ab: Aus Hauptwerken der auf ihr Urteilsvermögen hin untersuchten Professoren werden auffallende Erkenntnisse, bemerkenswerte Blüten, monströse Banalitäten und unauffällige Widerprüche sorgfältig herausgesucht und mit subjektiven Maßstäben oder bekannten Tatsachen verglichen. Das Ergebnis einer solchen, oft polemischen Analyse ist wegen der Fülle des „ausgesuchten" Materials annähernd objektiv und rational nur schlecht zu widerlegen. Dazu kommt, daß die Untersuchungen von satirischen Bemerkungen strotzen, die weniger von den Autoren als von den Geistesheroen — und das unbeabsichtigt — hervorgebracht wurden.
„Aber die Korruption der Kirchen beweist nichts gegen ihre Mission. Im Gegenteil." (Golo Mann) — „Akademiker und Angestellte unterscheiden sich heute noch in Kleidung, Gewohnheit, Sprache und Manier." (Walter Jens) — „Christen, die ihren Kriegsdienst unter den Augen Gottes ableisten, haben ihr Handwerk des Tötens immer so verstanden, daß sie es im Namen der Liebe übten." (H. Thielicke) Kanzel- und Katheder-blüten. Wer lehrt an deutschen Universitäten? Es sind alles geistige Autoritäten, die allein durch ihre wissenschaftliche Qualifikation prädestiniert ... Kaum zu glauben. dr

Dieter Wild
Deutschland deine Sachsen
rororo 1075, DM 2,20

Dieses Elaborat, das es seit 1965 schon in 20 000 Exemplaren gibt, als Taschenbuch herauszubringen, hat der Rowohlt-Verlag sich nicht entblöden können. Am Anfang gehts noch; einige Histörchen, altgediente sächsische Witze, historischer Klatsch. Aber je länger man liest, umso härter stößt man sich an Vorurteilen, Banalitäten, Widersprüchen und unpolitischer Ignoranz. Eine Aufzählung von Namen, Leuten, die aus Sachsen stammen, Sammlungen von sächsischen Errungenschaften, mit Fleiß aus Büchern abgeschrieben, sächsischer Adel — menschlich, ein Mischmasch aus schlechtem Deutsch und dahergeschluderten Effektchen, alles zusammen oberflächlich ernsthaftig oder abgeschmackt humorig, ohne den geringsten Esprit: Illustriertenschmiere. Der Autor war Werbetexter und ist heute stellvertretender Chefredakteur von Constanze. Sachse ist er nicht. Das tröstet.
dr

David Schoenbaum
„Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des dritten Reiches".
Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1968, 387 S.

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Nazi-Regierung ist verhältnismäßig wenig erforscht, die Vorurteile, Legenden und Parolen sind tief verwurzelt, oftmals ersetzen sie das Wissen. David Schoenbaum versucht dagegen die in den Jahren 1933—39 getriebene Politik sachlich zu beschreiben. Einerseits prüft er die offiziellen Thesen und Parolen (die bis heute als Beweise z. B. für angebliche Freundlichkeit der NSDAP dem Mittelstand und den Bauern gegenüber gelten), andererseits untersucht er die Folgen der Schritte, die wirklich unternommen wurden. Auf diese Weise wird nicht selten eine vollkommene ideologische Ratlosigkeit der „Bewegung" augenscheinlich. Es gab eine tiefe Kluft zwischen Parteiprogramm und praktischer Politik (die z. T. durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt wurde) und einen ewigen Machtkampf zwischen verschiedenen Stellen, die völlig auseinandergehende Ziele verfolgten. Interessant ist, daß in diesem totalitären System so viel vom reinen Zufall abhing und keine konsequente sozial- und wirtschaftspolitische Zielsetzung aufzuspüren ist.
Das Buch ist für politisch Interessierte auch deshalb zu empfehlen, weil die Spuren der gesellschaftlichen Umwälzungen jener Zeit und die damaligen Vorstellungen noch bis heute in der deutschen Gesellschaft, der Politik und in der Öffentlichkeit zu finden sind. Die Meinung, daß Deutschland unbe-

Ein Buch neben Vorlesungen und zur Prüfungs-vorbereitung

KERN
WESSEL

PHYSIK

Band 1 Grundlagen mit Ergänzungen 17,40
Band 2 Formeln Tabellen Aufgaben + Lösungen 14,60

VERLAG G. BRAUN · 7500 KARLSRUHE 1

dingt eine Menge von Klein- und Mittelbauern braucht und daß die Großstädte im Grunde genommen ein Übel sind, wurde damals gepredigt (obwohl in den Jahren 1933—39 die Städte stark wuchsen und die Bauern — im Gegensatz zu den ostelbischen Junkern — immer mehr verschuldeten), und sie ist noch heute in der Bundesrepublik (wo beinahe die gesamte Bevölkerung in und von den Städten lebt und die Landwirtschaft — von den Subventionen abgesehen — immer weniger Bedeutung hat) sehr verbreitet. bo

Aufklärung
„Samspel" Was Jugendliche über Sexualität wissen sollten.
Deutsche Bearbeitung des schwedischen Buches Samspel (Zusammenspiel) von Peter Jacobi.
Verlag Julius Beltz, Weinheim-Berlin-Basel. 80 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert DM 4,–

Man sollte kaum glauben, daß dieses Buch ohne Einspruch kirchlicher oder staatlicher Stellen in Deutschland erscheinen konnte. Nach all der Pseudoaufklärung, die das wichtigste unklar läßt, erscheint dieses Buch als eines der besten Aufklärungsschriften. Erst nachdem Oswalt Kolle auflagenstark verkündet hat, wie Ehepaare von heute zu lieben haben, erbarmt sich dieses Buch auch der unwissenden Kinder. Damit diese nicht auf die Idee kommen, das zu tun, was sie in Vaters Illustrierte gelesen haben, wird ihnen hier in diesem Büchlein faßlich erklärt, warum sich Menschen verschiedenen Geschlechtes zueinander hingezogen fühlen und was dabei geschieht. Viele Zeichnungen verdeutlichen das Gesagte. Auch auf die Methoden der Veerhütung wird eingegangen. Im Anhang des Buches finden diejenigen, denen die deutsche Bezeichnung alles Geschlechtlichen zu vulgär ist, Fachausdrücke, und die, denen dies Büchlein zu wenig ausführlich erscheint, erfahren die Adressen von Beratungsstellen im gesamten Bundesgebiet. Zusammenfassend läßt sich sagen, dies Bändchen ist richtig für das Leben zu zweit ab etwa zwölf Jahren. bü

Thomas Valentin:
Die Unberatenen
Band 161 der „Bücher der Neunzehn"
Claassen Verlag
312 Seiten, DM 12,80

Thomas Valentin (47), ehemals Lehrer und Dozent, beschreibt in seinem Roman „Die Unberatenen" die „unberatenen" Schüler einer Abschlußklasse einer Realschule und die ebenfalls größtenteils „unberatenen" Lehrer dieser Schule. Es wird der gescheiterte Versuch einer Schülers, des Klassensprechers, gezeigt, eine Verständigung oder auch nur eine Diskussion zwischen Lehrern und Schülern zu erzwingen. Diese Verständigung kommt durch die Selbstüberschätzung, durch Vorurteile und Autorität der meisten Lehrer nie zustande; man argumentiert mit „Rotzlöffel", „... und die sollen erst einmal was lernen", man nennt die kaum diskutierten Abstimmungen der Lehrerkonferenz demokratisch. Der Versuch einer Diskussion scheitert an persönlichen Differenzen innerhalb der Lehrerschaft — wer für die Schüler Stellung nimmt ist vielleicht „vom andern Ufer" —, scheitert an der Tradition der Schule, scheitert an den guten deutschen Idealen der Lehrer. Trifft auch Valentin den Schülerslang nicht besonders gut und manchmal überhaupt nicht, die Phrasen der Lehrer sind immer noch die gleichen, und acht von den elf charakterisierten Lehrern hat jeder einmal gehabt. ws

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung
Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule
Technisches Antiquariat
Darmstadt, Magdalenenstraße 19
Am Kraftwerk der TH

Rowohlt Taschenbuch Verlag
Reinbek bei Hamburg

Neuerscheinungen Februar 1969

1124 Peter Härtling; Janek
1148 Roger Garaudy: Marxismus des 20. Jahrhunderts
6644/45 Georgi Borisowski: Form und Uniform. Die Gestaltung der technischen Umwelt in sowjetischer Sicht
6079/80 Otto Hoeres: Rechte, Pflichten und Verträge in der Ehe
8013 Dr. K. Freund: Das Problem der Homosexualität

März 1969
1149 Werner Hofmann: Einführung in die Lehre von der Wirtschaftsgesellschaft
8014 Dr. J. Burchard: Psychologie der sexuellen Verwandlung

Fischer-Bücherei, Frankfurt/M.

Neuerscheinungen Februar 1969

968 Arno Schmidt: Sitara und der Weg dorthin. Eine Studie über Wesen, Werk und Wirkung Karl Mays
971 Wolfgang Hildesheimer: Die Eroberung der Prinzessin Turandot. Das Opfer Helena (zwei Komödien)
979 Paul Kluke: Neuere Geschichte

März 1969
982 Jürgen Hillner (Hrsg.): Niederländer erzählen
983 Robert Minder: Acht Essays zur Literatur
984 Hans Zulliger: Die Angst unserer Kinder
1000 Max Frisch: Mein Name sei Gantenbein

Die „darmstädter studentenzeitung" erscheint dreimal im Semester.
Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17 und 16 33 09.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80).
Chefredakteur: Gabriele Lichtenheld (gabi) (verantwortlich); Verlagsleiter: Hans Weidner (wd); Redaktion: Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Fritz Förster (ff); ständige Mitarbeiter: Gregor Bühler (bü), Holger Czapalla (cz), Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Sigrun Gronau, Dietmar Henning (dh), Ulf Kauffmann (kf), Reinhard Lorch, Dagmar Seidel (sei), Wolfgang Straub (ws), Herbert Werkmann (hw). Chefs vom Dienst: Jürgen Dohm, Dietmar Henning.
Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt, Rheinstr. 67, Tel. 85543. Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

kalender

Einem „on dit" zufolge . . .

. . . sollen Chemiker jetzt nur noch Schlafmittel analysieren, damit sie ja nicht aufwachen.

*

. . . reden neuerdings Studenten der Fakultät ET den Dekan, Prof. Hoseman, mit „Ihre Suspektabilität" an.

*

. . . sollen Nieten unter den Professoren ruhig weiter nieten.

*

. . . war Professor Piloty in der Vorlesung am 23. 11. 1967 vorbereitet.

*

. . . hat die Akaflieg Maßnahmen getroffen um zu verhindern, daß eine ihrer Maschinen von radikalen Fidelisten nach Cuba entführt wird.

*

Berichtigung: Auf Seite 28, Spalte 2, 7. Zeile von oben lies: „ehem. Dekan. . .". Spalte 3, 36. Zeile von oben lies: „. . . Exspektabilität, . . ."
Herr Ziegler ist am 27. Januar zurückgetreten. Wir gratulieren.

Ebbe und Flut

Wenn die Astronauten nun bis in die Nähe des Mondes gekommen sind, da haben sie auch bestimmt gemerkt, wie der Mond das Wasser aus ihren Trinkgefäßen gezogen hat. Denn von meinem Leserbrief vom 19. Mai 1968 habe ich immer noch keine Antwort bekommen, als ich damals schrieb: Das ist doch Blödsinn, zu behaupten, daß der Mond bei Flut das Wasser anzieht! Ich hatte geglaubt, daß die Herren Meteorologen kommen werden, mich beim Ohr ziehen und sagen werden: Wie kommst du darauf, uns blödsinnig zu nennen. Bis heute ist noch niemand gekommen. Die greifen sich sicher alle an den Kopf und fragen sich: Hat der etwa doch recht, mit seiner Meinung? Na, ja, das Gottesgeheimnis hat noch keiner erraten.

Fritz Skroch, Da.-Eberstadt
Brandenburger Straße 60

Leserbrief aus „Darmstädter Echo"

5. 2. **Filmkreis:** Zum Fasching ein ‚unanständiger' Film: „Die Puppen" mit Gina Lollobrigida„ Elke Sommer, Virna Lisi und Monica Vitti

6. 2. **Schloßkeller:** Podiumsdiskussion über das Palästinaproblem zwischen einem arabischen und einem israelischen Studenten

7. 2. **Schloßkeller:** Jam-Session

8. 2. **Schloßkeller:** Türkei-Abend mit Bildern und Beat

bis 16. 2. **Schloßkeller:** Ausstellung Peter Schnatz, Mannheim

12. 2. **Filmkreis:** „Tausendschönchen" (Vera Chytilova), ein tschechischer Spielfilm in Farbe

13. 2. **Stadthalle:** Das Mainzer Kammerorchester mit Werken von Richter, Haydn, Krenek u. Mozart, 19.45 Uhr

27. 2. **Stadthalle:** Die Kammermusiker Zürich mit Werken von Mozart, Beethoven und Brahms, Solist: Barry Tuckwell, Horn, 19.45 Uhr

6. 3. **Stadthalle:** Koeckert-Quartett, München, mit Quartetten von Dittersdorf, Schubert und Beethoven, 19.45 Uhr

15. 3. **Stadthalle:** Konzerte für die Jugend: Kammerorchester Gottfried Lucke, 19.15 Uhr

20. 3. **Stadthalle:** Werner Hoppstock, Klavier, mit Werken von Mozart, Schubert, Debussy und Chopin, 19.45 Uhr

17. 4. **Stadthalle:** Strauss-Quartett mit Werken von Beethoven, Reger und Haydn, 19.45 Uhr

19. 4. **Stadthalle:** Konzerte für die Jugend: Liederabend Wolfgang Schöne, Bariton, mit Liedern von Beethoven, Schubert ‚Strauss und Wolf, 19.15 Uhr

Die Mittwochveranstaltungen des **Filmkreises** finden im Wilhelm-Köhler-Saal um 16.00, 18.30 und 21.00 Uhr statt, wenn nicht anders bekanntgegeben. Während der Prüfungszeit im März und April finden vier Sonderveranstaltungen des Filmkreises statt.

Der **Schloßkeller** ist bei genügendem Besuch bis einschließlich März geöffnet, werktags ab 20.00 Uhr.

Der Studentenkeller im Schloß sucht wegen des Ausscheidens eines seiner zwei Geschäftsführer zum Sommersemester 1969 einen

dynamischen
initiativen
kaufmännisch gewandten
um seine Gäste aufrichtig bemühten
tierlieben
studentischen

Geschäftsführer

Diese verantwortungsvolle Aufgabe gewinnt ihren Reiz durch Vielfältigkeit: tägliche Kontakte mit Gästen, Personal, Behörden und Lieferanten, Beschäftigung mit Finanzen, Kalkulation und Buchhaltung.
Organisationstalent läßt sich dabei auch so einsetzen, daß noch etwas Zeit zum Studium bleibt (sofern Sie nicht gerade vor dem Vordiplom stehen).
Wir könnten uns vorstellen (aus Erfahrung), daß aus einem Semester (Mindestzeit) aus Freude an der Sache auch zwei werden.

Für den damit verbundenen Arbeitsaufwand ist eine Entschädigung vorgesehen.

Für Veranstaltungen ist ein Programmausschuß verantwortlich.

Interessenten erfahren näheres im AStA.

Berichtigung

In Heft Nr. 96, November 1968, erschienen in dem Artikel „Sittlich nicht gerechtfertigt / Kann der Student nach der Heirat noch auf staatliche Förderung hoffen?" die Berechnungsbeispiele 1 und 2 für Ausbildungshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) infolge technischen Versehens unter der Überschrift „Bundesversorgungsgesetz (BVG)" auf Seite 10.
Die Erziehungsbeihilfe nach BVG würde bei den gleichen Beispielen 1 und 2 355 DM (nicht 240 DM) bzw. 407 DM (nicht 74 DM) betragen.

A. SCHUCHMANN DARMSTADT SEIT 1905 HOCH-, TIEF- UND STRASSENBAU

A. Schuchmann, 61 Darmstadt

Artilleriestr. 12 — Fernruf Sammel-Nr. (06151) 84007

BAUUNTERNEHMUNG Hoch-, Tief- und Straßenbau, Asphaltarbeiten
bituminöses Mischgut, Transportbeton

Niederlassungen: **6000 Frankfurt,** Mainzer Landstraße 101, Fernruf: **(0611) 252831**
7100 Heilbronn, Lichtenberger Str. 12, Fernruf: **(07131) 2303/83601**
6120 Michelstadt, Pelarstraße 11, Fernruf: **(06061) 3246**

Christa Oppel
Schreib- u. Übersetzungsbüro

Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1
TEL: 70321 TEL: 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

STELLEN SIE RUHIG IHRE BÜCHER IN DIE ECKE...

auch wenn Sie glauben, Zeit und Geld würden diesmal nicht reichen.

Wir haben bestimmt etwas passendes für einen fröhlichen Urlaub...

14 Tage	**Adelboden**	**ab DM**	**287,-**
14 Tage	**Davos**	**ab DM**	**261,-**
14 Tage	**Sennes**	**ab DM**	**240,-**
14 Tage	**Martelltal**	**ab DM**	**216,-**

Auskunft erteilt:

DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST
Auslandsstelle
DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES G.M.B.H.

Zweigstelle:
Darmstadt, Alexanderstraße 22
Sopro erscheint Anfang Februar

E 2/68 — 392

Elektro-Speicher-Heizung

... die Heizung ohne Rohrleitungen, ohne Heizungs- und Brennstoffkeller, unabhängig vom Kamin, ohne Ruß, Rauch und Asche, preiswert durch verbilligten Strom und vollkommen automatisch.

heag HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

Ideen sind ansteckend!

Mit einer flüchtigen Bemerkung kann es beginnen; ein unbedeutendes Wort kann Anlaß sein. Findige Köpfe bringen neue Gesichtspunkte hinzu. Die Idee reift heran, sie weitet sich aus.

Wenn Sie in einer Umgebung, in der Ideen geboren werden, arbeiten wollen, dann finden Sie in der FERNSEH GMBH den Platz, den Sie sich vorstellen.

Hier projektieren, entwickeln, konstruieren und fertigen Ingenieure mit schöpferischem Denken und gediegenem Wissen neue Videogeräte für das Farbfernsehen.

Hier erwartet Sie ein breites Spektrum von Aufgaben aus der allgemeinen Nachrichtentechnik, der Impulstechnik, der Regeltechnik, der Mechanik, der Hochvakuumtechnik und der technischen Optik.

Über die interessante Problematik der Farbfernsehtechnik können Sie sich anhand der Broschüre unseres Mitarbeiters Dr.-Ing. H. Schönfelder „Farbfernsehen 3 – Studioregie und Synchronisiertechnik" informieren. Sie ist in Zusammenarbeit mit der FERNSEH GMBH im Justus von Liebig Verlag, Darmstadt, erschienen. Eine Bestellkarte steht Ihnen zur Verfügung.

Bitte schreiben Sie unserer Personalabteilung. Sie wird Sie gerne beraten.

Fernseh GmbH
61 Darmstadt
Am Alten Bahnhof 6

FERNSEH
Mitglied der Bosch Gruppe